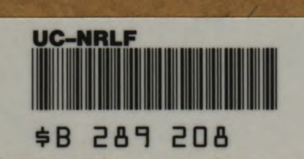
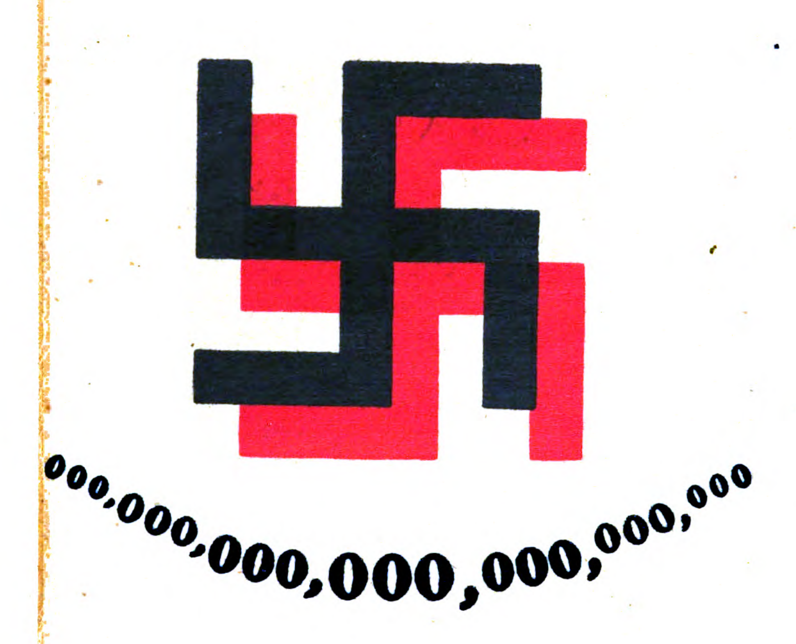

UC-NRLF
$B 289 208


IN MEMORIAM
Fritz Kummer
1875-1937
SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS

UL KAMPFFMEYER

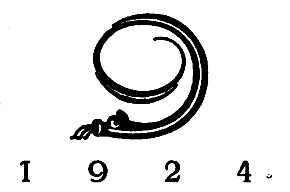


Der ationalsozialismus und seine Gönner

Der Nationalsozialismus und seine Gönner

Von

PAUL KAMPFFMEYER



1 9 2 4

J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin

Vorwärts Buchdruckerei, Berlin S.W. 68.

Schein und Sein des Nationalsozialismus.

Das Programm einer politischen Partei ist nicht immer der Ausdruck ihres wirklichen Charakters. Das Wesen einer Partei spricht sich nicht in den oft sehr schaumschlägerischen Worten ihrer Programme, sondern in den greifbaren Tatsachen ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Betätigung aus. Das gilt vor allem von der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die heute die aktivste Gruppe der Deutschvölkischen Freiheitspartei bildet. Trotzdem darf man nicht das Programm der nationalsozialistischen Arbeiterpartei einfach in den Wind schlagen. Sicher sind gerade die überzeugten proletarischen Anhänger des Nationalsozialismus von dem sozialistisch schillernden Programm der Hitler-Partei innerlich gepackt worden. Die eigentlichen Grundgedanken diese Programms sind nun durchaus nicht in dem Jupiterhaupte Adolf Hitlers entstanden. Sie lassen sich auf die Schrift Rudolf Jungs: Der nationale Sozialismus zurückführen.

Dieser deutsch-böhmische Agitator darf wohl als der eigentliche theoretische Kopf des Nationalsozialismus angesprochen werden.

Auf dem sudetenländischen Parteitag der Nationalsozialisten vom 25. bis 27. September 1920 brachte nun Rudolf Jung diese Resolution ein: „Im Wirtschaftsleben gibt es nur zwei große Gruppen, die zueinander im Gegensatz stehen — die einen, die schaffende Arbeit leisten und die anderen, die arbeitsloses Einkommen empfangen. Die deutsche Nationalsozialistische Partei erklärt, „daß sie sich zum Klassenstandpunkt der schaffenden Arbeit bekennt". Sie ist also eine Klassenpartei. Der Begriff „Klasse" umfaßt jedoch nach ihrer Auffassung nicht eine begrenzte Berufsschicht — wie etwa körperliche und geistige Arbeit allein —, sondern „Arbeiter sind nach ihrer Auffassung alle, die vom Ertrage

ihrer eigenen ehrlichen — geistigen oder körperlichen — **Arbeit** leben, also die ganze Masse der wirtschaftlich **Schwachen** unseres Volkes. Die Partei erklärt weiter, daß sie **sich auf** den Boden des Klassenkampfes stellt, insofern, als **darunter** die Auseinandersetzung zwischen schaffender Arbeit und **arbeits**losem Einkommen verstanden wird". (So Rud. Jung.)

Jung vereinfacht sich sehr die Klassengliederung in der **heutigen** Gesellschaft, aber er hat den Klassengegensatz noch in **den** Fingern und er spürt ihn überall. Sein Apostel im **weiß**blauen Ländchen, Adolf Hitler, hält aber die sozialen **Klassen** für eine jüdisch-marxistische Erfindung. Und er **deklamiert** seiner gläubigen Zuhörerschaft folgenden Unsinn **vor**: „National" und „sozial" sind zwei identische Begriffe. Dem Juden erst ist es gelungen, durch **die** Umfälschung des sozialen Gedankens zum Marxismus **diesen** sozialen Gedanken nicht nur dem nationalen zu **entfremden**, sondern, was ja praktisch erreicht werden sollte, sie als **stärkste** Gegensätze hinzustellen." Aber damit nicht genug, Hitler **läßt** einfach den Klassenbegriff — Geschwindigkeit ist keine **Hexerei** — verschwinden: „Es gibt und kann keine Klassen **geben**. Klasse heißt Kaste und Kaste heißt Rasse", so doziert er **weiter**. Was Herr Jung an Einsichten in die Klassengegensätze **unserer** Zeit gewonnen hatte, disputiert Herr Hitler durch die **Auf**stellung der unsterblichen These: Klasse heißt Kaste und **Kaste** heißt Rasse kurzer Hand hinweg.

Rudolf Jung wendet sich scharf gegen alle Arten des arbeitslosen Einkommens, so vor allem auch gegen die Grundrente. Die Schrift Jung ist zum Teil eine heftige Anklage gegen die Klasse der Großgrundbesitzer, denen er offen vorwirft, in ihren Schlössern und Palästen von der Arbeit anderer zu leben. „Ihr Besitz," so ruft er entrüstet aus, „verschaffte ihnen buchstäblich — arbeitsloses Einkommen in der Form von Grundrente!" Dieser Großgrundbesitz wehrte nach Jung überdies den breiten Massen des Volkes den Zutritt zur Scholle. Jung ist ein leidenschaftlicher Anwalt einer Bodenreform, die das heutige kapitalistische Bodenrecht überhaupt aufhebt. Er huldigt der „germanischen Auffassung, wonach der Grund und Boden ideell nur Eigentum des Volkes sein kann, während dem einzelnen nur das auf ihm Erbaute und Erarbeitete zu eigen ist". (Jung.)

Ein wesentlicher Programmpunkt des Nationalsozialisten Jung ist die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens. Unzweifelhaft haben auch die oft fanatischen Ausfälle nationalsozialistischer Demagogen gegen den Kapitalismus gerade die proletarischen oder proletarisierten Anhänger eines Hitler in Flammen gesetzt.

Einige Gedanken Rudolf Jungs sind nun — das ist sehr charakteristisch — in sehr abgeblaßter Form in die „Allgemeinen grundsätzlichen Richtlinien“ übergegangen, die vor der Reichstagswahl 1924 von den vereinigten Führerschaften der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei festgelegt und angenommen wurden. Der Sturm Jungs gegen das arbeitslose Einkommen ist in diesen Richtlinien um jedes Feuer, um jede draufgängerische Kraft gebracht worden. Da wird vor allem der alte Schlachtruf Jungs: Brechung der Zinsknechtschaft laut. Die Richtlinien fordern die Verstaatlichung der Reichsbank-A.-G., sowie sämtlicher Notenbanken und die Stellung der Privatbanken unter Staatsaufsicht. Während der Nationalsozialist Jung noch ein wahres Trommelfeuer auf die arbeitslose Grundrente eröffnet, geben die grundsätzlichen Richtlinien nur einige wirkungslose Schüsse auf die Bewucherung des Grund und Bodens durch das Finanzkapital ab. Sie erkennen aber grundsätzlich das Eigentumsrecht am Grund und Boden an. Sie wollen nur in der Folge die Unbeleihbarkeit des Bodens durch das Privatkapital durchführen. Dem Staat wollen sie das Vorkaufsrecht beim Bodenerwerb sichern und ihm das Recht und die Pflicht einräumen, bei liederlicher, unsozialer Bewirtschaftung einzugreifen, unter Umständen durch Enteignung.

Das von Jung erhobene Feldgeschrei gegen den Latifundienbesitz verstummt in den „grundsätzlichen Richtlinien“ fast vollständig. Sehr gedämpft und gemildert sind auch die Forderungen Jungs gegen den Kapitalismus. In den Richtlinien heißt es bescheiden: „Der völkische Staat erkennt das Privateigentum an und schützt es. Das Wohl des Volkes zieht jedoch maßloser Reichtumsanhäufung in den Händen Einzelner Grenzen. Konzerne, Syndikate und Trusts werden als antisozial bekämpft.“ Die Nationalsozialisten und Deutsch-

völkischen gebärden sich besonders radikal in Worten, wenn dieser Radikalismus wegen seiner Unbestimmtheit wirklich nicht zu ernsten Konsequenzen führen kann. Sie schreiben nämlich in ihren Richtlinien: „Wucherei und Schiebertum sowie gewinnlose Bereicherung auf Kosten und zum Schaden des Volkes sind mit den schwersten Strafen, unter Umständen mit der Todesstrafe zu ahnden." Was kann der Richter mit dem unbestimmten Begriff der gewissenlosen Bereicherung praktisch anfangen?

Tod den Schiebern und Wucherern, so schreien die Nationalsozialisten. Wenn aber das Schöffengericht in Rosenheim 1923 einen großen Schieber, einen Kanzlisten aus Brixen, zu einem Monat Gefängnis und 1 680 000 Mark Geldstrafe verurteilt, da weimert der nationalsozialistische „Völkische Beobachter" ganz gottsjämmerlich über diese harte Strafe für einen armen Teufel. Dieser „arme Teufel" hatte nun nicht etwa Kleidungsstücke und Lebensmittel für sich hinausgeschmuggelt, sondern 17 Pfund Süßstoff und 232 seidene Krawatten. Angesichts der heißen Mitleidstränen des „Völkischen Beobachters" stellte die „Münchener Post" (Nr. 54 1923) die Frage: „Sollte das Mitleid des „Beobachters" darin seine Erklärung finden, daß der Verurteilte seiner Partei angehört?"

Im allgemeinen suchen die „grundsätzlichen Richtlinien" der Nationalsozialisten und Deutschvölkischen zween Herren zu dienen: den mittelständischen Kapitalisten und den Proletariern. Sie fechten das kapitalistische Privateigentum nicht prinzipiell an und sie sprechen von einer „grundsätzlichen Aufrechterhaltung des achtstündigen Arbeitstages". Sie heben das kapitalistische Lohnsystem nicht auf, legen sich aber für die Bemessung des Lohnes nach der persönlichen Leistung ein. Wie beides nebeneinander bestehen kann, das ist selbstverständlich ihr Geheimnis! Sie wollen radikal scheinen.

Wer die allgemeinen Richtlinien der Nationalsozialistischen und Deutschvölkischen Freiheitsparteiler durchprüft, der kann den von beiden Parteien vertuschten Klassengegensatz förmlich mit den Händen greifen. Sie gewähren den Mittelständlern zinslose Darlehen — man beachte: zinslose Darlehen auf dem Boden einer privatkapitalistischen Wirtschaft — und versprechen den Proletariern grundstürzende und

grundlegende Wirtschaftsreformen, die schließlich eine wirkliche Volksgemeinschaft, das heißt doch wohl eine nicht durch Klassengegensätze zerklüftete soziale Gemeinschaft herstellen wollen.

Der Theoretiker des Nationalsozialismus, Jung, bekämpft scharf alle rückschrittlichen konservativen Bestrebungen und alle kirchlichen, adligen und kapitalistischen Vorrechte. Der Nationalsozialismus eines Jung war vor allem scharf antiklerikal. „Der Klerikalismus," so schreibt Jung in seiner Schrift „Der nationale Sozialismus", „setzt sich zum Ziel, die Herrschaft der spanisch-römischen Papst-Kirche wieder aufzurichten. Seine geheimen Befehle bekommt er von einer außerhalb unseres Volkes stehenden, ja ihm — wie unsere Geschichte lehrt — oftmals feindlichen Macht." Jung ist nicht nur ein grundsätzlicher Gegner des Klerikalismus, sondern auch der orthodoxen protestantischen Kirche. In diesem Sinne schreibt er den Satz nieder: „Der starre Zentralismus und der internationale Wesenszug aller christlichen Kirchen, vor allem aber der römischen, und die Bibelgläubigkeit der lutherischen Kirche sind die ausgesprochenen jüdischen Züge im Kirchenchristentum."

Den Kampf gegen die römisch-christliche Kirche haben dann fanatische Anhänger des Nationalsozialismus aufgenommen. So bringt z. B. am 5. April 1924 der „Niedersächsische Herold", dessen Kopf ein fettes Hakenkreuz ziert, folgendes Eingesandt gegen die katholische Kirche:

„. . . Auch ich weiß ein Lied zu singen von einer von der katholischen Kurie systematisch betriebenen Hetze gegen Deutschland . . . Wer heute zu blind ist und nicht einsehen will, daß die katholische Kurie im ewigen Rom ein groß Teil Schuld an dem Kriege hat, dem ist nicht zu helfen, aber hoffentlich ist die Zeit nicht zu fern, wo auch diesen Blinden die Augen geöffnet werden. Jesuiten und Juden, das sind die wahren Urheber des Weltbrandes, und wenn nicht bald die Rettung kommt, werden diese beiden furchtbaren geheimen Mächte ewig der Krebsschaden aller völkischen Nationen bleiben. Wer heute mit Aufmerksamkeit und klarem Blick den Prozeß gegen Hitler, welcher die größte Schande gegen Deutschland bedeutet, verfolgt, dem wird es nicht entgehen, welche dunklen Mächte ihre Hand dabei im Spiele haben, um Männer wie Ludendorff, Hitler und andere, auf die allein Deutschland seine Hoffnung setzen kann, zu Boden zu schmettern . . ."

In dem Buche A. Steiger: „Katholizismus und Judentum", das im Verlage der „Germania" erschienen ist, wird auf die hakenkreuzlerische Zeitschrift „Neues Leben" gedeutet, die von einer „erbärmlichen Haltung" des deutschen Volkes redet, und diese auf das Christentum zurückführt. „Das hat das Christentum aus uns gemacht." In dieser Zeitschrift bemühte sich A. Pudor 1920 heiß um den Nachweis, daß das Neue Testament ein Judenbuch sei. Im Neuen Testament lebe eben der alte Judengott weiter. Die Bibel sei ja „ein Judenbuch, ein Buch von Juden für die Nichtjuden". „Germanien soll wieder auferstehen. Fort mit dem Judenbuch, der Bibel!" Ein Prophet des neuen „deutschen Heilands" definiert dann die Religion so:

„Religion ist ahnendes Empfinden des ewigen Geheimnisses, durch das Prisma der Rasse gesehen." Jesus könne nie der deutsche Heiland sein, „weil er eben kein Deutscher ist." Es gibt keine Rettung, als die Erweckung einer neuen Religion. Glaubenssätze der alten germanischen Helden werden aufgestellt; bei solchem Glauben seien sie ein hochgemutes Volk geworden und geblieben, „bis das Christentum sie zermürbte".

Was hier gegen das Christentum und die Kirche noch in einem einigermaßen anständigen Tone gesagt wird, das setzte der Nationalsozialist Aßner in ein pöbelhaftes Gassengeschimpf gegen „die Pfaffen" um, denen er direkt den Galgen androhte. Seine zu Gewalttätigkeiten aufreizenden Reden wurden mit einer Gefängnisstrafe von mehreren Monaten geahndet.

Das Kampffeld der Nationalsozialisten ist im allgemeinen nicht das kirchlich-religiöse, sondern das wirtschaftlich-soziale Gebiet. Hier arbeiten sie sich in ihrem heißen Werben um die Stimmen der proletarischen und proletarisierten Existenzen mitunter in einen scharfen Gegensatz zum „nationalen" Konservativismus hinein.

Vor uns liegt das „Aufklärungsblatt": „Völkisch oder national", in dem der alte nationale Konservativismus mit einer heftigen Geste verworfen wird. Hier bäumt sich gleichsam der proletarisch-soziale Völkische gegen den nationalkonservatiren Standesmenschen auf. In dem Flugblatt „Völkisch oder national?" heißt es wörtlich:

„Den Nationalen alten Schlages, wie sie in der Vorkriegszeit das öffentliche Leben beherrschten, und wie sie heute noch in den Rechtsparteien die Mehrheit bilden, war der nationale Gedanke eine Frage äußerer Machtentfaltung. Ein starker Staat, ein schlagfertiges Heer, blühendes Wirtschaftsleben, kommerzielle und politische Weltgeltung schien ihnen das Ziel aller Aufwärtsentwicklung zu sein.

Das Sehnen dieser Altnationalen rankte sich um geographische und wirtschaftliche Begriffe: der Erwerb einer neuen Kolonie oder eines Stück Landes an den Grenzen schien ihnen unter allen Umständen als ein Gewinn für die eigene Heimat. Jede neue Riesenbrücke, jeder neue Verkehrsweg, der Stapellauf eines neuen Großdampfers, die Lichterfülle der Großstädte und ihr fast sinnverwirrend lebhafter Verkehr — das alles erschien den Nationalen als der berauschende Ausdruck der Macht und Größe des deutschen Volkes und seines Staates.

Dabei war diese nationale Weltanschauung so bequem; man konnte ihr huldigen, ohne mit seinen Standesinteressen in Widerstreit zu geraten. In der Tat bestand die nationale deutsche Welt vor dem Kriege aus ständischen Zirkeln, die sich gegenseitig voneinander abschlossen, vor allem die Berührung mit der breiten Masse scheuten, aber jederzeit gern bereit waren, den loyalen „deutschen Staatsbürger" aus jüdischem oder polnischem Volkstum in ihre Reihen aufzunehmen, wenn er für „standesgemäß" erachtet wurde.

Die Folge dieser unsittlichen Lebensauffassung war ein Versinken in krassem äußerlichen Materialismus, und eine geistige Verblödung ohnegleichen, weil die innige Berührung mit der lebenden und webenden Volksseele fehlte.

Der Nationale alten Schlages unterschied die Menschen nach Stand, Besitz, Bildungsgang und Staatsangehörigkeit. Andere Unterscheidungen waren ihm fremd.

Das Aufklärungsblatt „Völkisch oder national?" bewegt sich in seiner leidenschaftlichen Rebellion gegen das Standesmenschentum fast in sozialistisch-demokratischen Ideengängen. Es spricht von einem unser ganzes Volksdasein und alle Beziehungen vergiftenden Zwiespalt:

„Der Nationale," so schreibt er, „ist eben zuerst Standesmensch: Geheimrat, Akademiker, Fabrikant, Gebildeter, und dann — ganz nebenbei — ist er auch noch Deutscher, aber beileibe nicht etwa Volk. Damit will er am liebsten nichts zu tun haben. „Abstand wahren" war das beliebte Sprichwort derjenigen, für die der Mensch erst beim Leutnant und der gesellschaftsfähige Mann erst beim Akademiker anfing. Diese geistig armselige Gesellschaft ist es gewesen, die durch Dummheit und Dünkel den Krieg verloren hat.

Wir Völkischen sind zuerst Volk, sind mit Leib und Seele **Deutsche**, und vergessen dabei fast, daß wir — **ganz nebenbei** — auch noch Kaufmann, Landwirt, Beamter, Generalfeldmarschall oder — „Tapezierergehilfe" sind.

Wenn in der Vorkriegszeit ein großzügig denkender Leutnant es gewagt hätte, mit Arbeitern Verkehr zu pflegen, er wäre Gefahr gelaufen, degradiert zu werden. Zum mindesten hätte ihn die nationale Gesellschaft „geschnitten".

Für uns Völkische ist es ein erhebendes und begeisterndes Schauspiel, zu sehen, wie der größte Feldherr des Weltkrieges, **General Ludendorff**, einen Treubund auf Leben und Tod mit dem „**Tapezierer Hitler**" geschlossen hat. Wir Völkischen machen die blödsinnige Unterscheidung in „**Bürgerliche**" und „**Arbeiterschaft**" nicht mit; wir kennen nur Deutsche und **Undeutsche**, ehrlich **Schaffende** und **Ausbeuter**."

Der nationale Konservative will die Herrlichkeiten des alten Kaiserreichs mit seiner halb-ständischen Gliederung wiedererstehen lassen. Der Sozialvölkische des Aufklärungsblattes ringt, wie er wenigstens versichert, um einen neuen Inhalt des deutschen Lebens überhaupt. Ein Scheinradikalismus!

„Deshalb," so schreibt das Aufklärungsblatt, „sehnt sich die Mehrzahl der Nationalen nach den **Verhältnissen der Vorkriegszeit** zurück. Sie möchten wieder einen Kaiser, ein starkes Heer, einen starken Staat, ein mächtiges Deutschland, materiellen Wohlstand und **Vorzugs-Bürgerrechte für die oberen Zehntausend** haben. Sie haben heute noch nicht begriffen, warum wir Völkischen so unzufrieden mit den Vorkriegsverhältnissen gewesen sind. Es war doch alles so schön im Lote! Reichtum und Wohlstand und Sicherheit ringsum!? Es wäre doch schön, wenn es wieder so käme? —

Demgegenüber erklären wir Völkischen, auch wenn alle unbelehrbaren Philister darüber die Maulsperre kriegen: „Wir wollen um Gotteswillen die Vorkriegsverhältnisse nicht wieder haben, denn sie sind uns unerträglich gewesen."

Die Nationalen haben damals nur die glänzende äußere Form des staatlichen und kulturellen Lebens gesehen. **Sie haben aber nicht gesehen, daß der Inhalt dieses Lebens armselig, traurig und kernfaul war.**"

Ueber den Klassengegensatz hinaus strebt das Aufklärungsblatt, und in dem utopistischen Wunsche befangen, heute schon ein sozial einheitliches Volk zu schaffen, verwirft es selbst den nationalen Begriff der Konservativen. „Es ist kein Wunder," so doziert das Aufklärungsblatt, „wenn sich bei den Arbeitern

eine starke Abneigung gegen den Begriff „national" herausgebildet hatte; sie fühlten mit gesundem Instinkt den Hochmut und die Borniertheit in diesen Kreisen, sie erkannten das unechte Theater, das dort gespielt wurde. *National* war ein Gegensatz zu *sozial* geworden — es war Klassendünkel —, es lieferte den Anreiz zum Klassenkampf."

Hier wird in demagogischer Weise der alte Schlachtruf Gladstones: die Massen gegen die Klassen — das Volk gegen die sozial und wirtschaftlich Bevorrechteten — ausgespielt, um die proletarisch-sozialen Elemente gegen den nationalen Konservativismus mobil zu machen.

Doch den Völkisch-Sozialen, den „Nationalsozialisten" und Freiheitsparteilern ist es wiederum *nicht ernst* mit dem grundsätzlichen Bruch mit den nationalen Konservativen der Vorkriegszeit und mit der Propaganda des demokratischen Gedankens. Ihre führenden Köpfe, wie v. Graefe und Henning, hatten früher mitten in der Konservativen Partei gestanden. Die „allgemeinen grundsätzlichen Richtlinien" der Nationalsozialisten und deutschvölkischen Freiheitsparteiler wagen daher gar nicht, für die Republik und das allgemeine Stimmrecht für Männer und Frauen einzutreten. Die Richtlinien stellen staatsrechtlich die Forderung auf: „Die *Staatsform* soll *späterem* Volksentscheid überlassen bleiben. Aufbau einer *berufsständisch* und *politisch gegliederten* Volksvertretung auf gesunder Grundlage eines *völkisch-sozialen Wahlsystems*." Keine Rede von einem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, dagegen die verwaschene Phrase von einem *völkisch-sozialen Wahlsystem*! Schon die alten Konservativen begeisterten sich für den Aufbau einer berufsständisch und politisch gegliederten Volksvertretung, und diese neuen Völkisch-Sozialen übernehmen diese höchst verdächtige, fast vormärzlich klingende Redewendung und verschweigen absichtlich, was sie sich denn eigentlich unter einer *berufsständisch* und *politisch gegliederten* Volksvertretung vorstellen! Aber ihr kluges Schweigen hilft ihnen nichts. Sie haben es ja selbst mit aller Lungenkraft in die Welt hinausgeschrien, daß sie *grundsätzlich Gegner der modernen Demokratie* sind und daß sie die *deutschvölkische Diktatur* anstreben. Ihr deutschvölkisches

Wahlsystem läuft auf den systematischen Hinauswurf aller Volkselemente aus der Staatsbürgerschaft hinaus, die nach ihrer höchst subjektiven Auffassung nicht zur deutschen Blutsgemeinschaft, Kultur- und Schicksalsgemeinschaft gehören. Die Hohenzollern sind nach dem deutschvölkischen Semi-Gotha judaisiert und ein großer Teil des deutschen Adels ebenfalls! Der Rassenbegriff ist nach den Ansichten führender Ethnologen überhaupt höchst nebelhaft; aber die Deutschvölkischen sind, tief schürfend, dem Wesen der Rasse auf die Spur gekommen. Wieviel gemischtes Kötervolk entdeckt nicht ein reinrassiger Deutschvölkischer selbst unter den Deutschnationalen?

Unter dem starken Druck seines arischen Blutes fällt der Redakteur der nationalsozialistischen „Großdeutschen Zeitung“ höhnend über die völkischgesinnten Deutschnationalen her und verwahrt sich schroff gegen die Wahltaktik dieser Schwarzweißroten, die keinen Unterschied der Gesinnung zwischen den Deutschnationalen und Deutschvölkischen bestehen lassen und daher mit diesen bei den Wahlen gemeinsam Arm in Arm schreiten wollen. Die „Großdeutsche Zeitung“ betrachtet die Gründung eines völkischen Ausschusses der Deutschnationalen Volkspartei unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Graef als „ein gemeines und unanständiges Täuschungsmanöver“, das „nur auf Stimmenfang einiger nicht orientierter Wähler“ ausgehe, „die den deutschvölkischen Ausschuß der deutschnationalen Partei mit der deutschvölkischen Freiheitspartei schlechthin und den Vorsitzenden dieses Ausschusses Graef mit v. Graefe verwechseln könnten“. Sie schreibt von der Deutschnationalen Volkspartei:

„Gegründet ist sie von dem Juden Stahl; einer ihrer Führer ist Dr. Helfferich, dessen Vater oder Großvater ein Vollblutjude war, ein weiterer Führer ist Herr Hergt, in dessen Adern gleichfalls jüdisches Blut kreist. Fast alle Grafen und Barone, die sich jetzt zur Deutschnationalen Volkspartei bekennen, haben eine Jüdin als Frau, Mutter und Großmutter. Solche Verbindungen waren notwendig geworden, um den infolge leichtsinnigen Lebenswandels einzelner Familienangehöriger stark reduzierten Hausbesitz wieder einmal etwas aufzufrischen. Der schwarzlockige, braunäugige, mit Händen und Füßen mauschelnde Professor Dr. Preyer, seines Zeichens deutschnationaler Abgeord-

neter, stammt aus der Ukraine und verrät schon von weitem den galizischen Juden.

Die Deutschnationalen, obwohl sie sich in antisemitischen Hepp-Hepp-Rufen redlich heiser brüllten, konnten doch nicht ganz den groben Unfug der nationalsozialistischen Rassenpolitik mitmachen. Auf ihren Parteitagen 1919, 1920, 1921 und 1922 lehnten sie den Judenausschlußparagraphen ab. Stark judenfresserisch war allerdings ihr völkischer Reichsausschuß, der 1922 mit 33 gegen 17 Stimmen folgenden Antrag annahm: „Der völkische Reichsausschuß stellt den Antrag: „Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei wolle beschließen, daß Judenstämmlinge, Judenmischlinge und jüdisch Verheiratete nicht Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei sein dürfen." In ihren Wahlaufrufen schlugen die Deutschnationalen überdies nach Kräften gegen den „zersetzenden Geist des Judentums" aus und prägten den Satz: „Deutschnational sein heißt deutschvölkisch sein." Unzweifelhaft werden auch die Heißsporne des deutschvölkischen Reichsausschusses der Deutschnationalen Volkspartei die antisemitische Ausnahmerechtspolitik der Nationalsozialisten unterstützen. Diese Nationalsozialisten steuern aber auf eine vollständige Knebelung alles nichtantisemitischen Schrifttumes los, wenn sie in ihren „allgemeinen grundsätzlichen Richtlinien" fordern: „Unterdrückung aller schädlichen Einflüsse in Schrifttum und Presse, Bühne, Kunst und Lichtspiel."

Die Nationalsozialisten und die Deutschvölkischen Freiheitsparteiler, so sozial sie sich immer auch im Interesse ihres proletarischen oder proletarisierten Anhangs aufzuschminken pflegen, sind Gegner der Preßfreiheit und suchen den wichtigsten öffentlichen Einrichtungen einen ausnahmerechtlichen Charakter aufzuprägen. Sie stehen dem Geist der Demokratie direkt feindlich gegenüber. Diese Ansicht gewinnt man bereits, wenn man die „allgemeinen grundsätzlichen Richtlinien" ihres Programms verfolgt.

Der Nationalsozialismus und seine Gönner.

Wenn man den Grundcharakter des Nationalsozialismus richtig verstehen will, so muß man vor allem seinen Kampf gegen den „Marxismus“ richtig bewerten. Auf den sogenannten „Marxismus“ prügeln die Hitler, Ludendorff und Konsorten tapfer los, die Sozialdemokraten aber meinen sie. Die nationalsozialistischen Demagogen schreien bis zu ihrer Atemerschöpfung: Nieder mit der Demokratie und den „marxistischen“ Organisationen der Arbeiterschaft, und sie fühlen sich in dieser Lungenübung völlig einig mit den Schwerindustriellen, den deutschnationalen Agrariern, den nationalistischen Generälen und separatistischen monarchistischen Reaktionären der Bayerischen Volkspartei. Diese erhebende Gesinnungsgemeinschaft der Nationalsozialisten mit den Todfeinden der deutschen Arbeiterschaft charakterisiert sofort das wirkliche Wesen der Nationalsozialistischen Partei. Der Nationalsozialismus ist eine von allen wirtschaftlichen und politischen Reaktionären geförderte Organisation gegen die ausgesprochenen ökonomischen, politischen und sozialen Klasseninteressen der deutschen Arbeiterschaft.

Der moderne, auf den Klassenkampf eingestellte demokratische Sozialismus ist nicht eine Erfindung des „Juden“ Marx. Das industrielle England der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts hat richtunggebend auf diesen eingewirkt, und die Kenntnis Englands ist ihm von seinem Freunde Friedrich Engels, dem Sproß einer pietistischen Fabrikantenfamilie des Wuppertals, vermittelt worden. Friedrich Engels hat in seiner „Lage der arbeitenden Klasse“ im Jahre 1845 den „Marxismus“ als gesellschaftswissenschaftliches und nationalökonomisches System herausgearbeitet. Die Lehren von den sozialen Klassen, von den Klassenkämpfen und dem Klassenstaate sind bei Engels aus der englischen Gesellschaftsentwicklung geschöpft. Der demokratische Sozialismus der beiden „Marxisten“ Marx und Engels will eine Widerspiegelung tatsächlicher sozialer Verhältnisse sein.

Der „Marxismus“, der demokratische Sozialismus ist somit

keine individuell-willkürliche Erfindung des „Juden“ Marx, sondern ein aus der wirklichen Klassenwelt heraus geborenes soziales Gedankensystem. Die demokratisch-sozialistische Theorie will angeschaute, zu Begriffen verarbeitete Wirklichkeit sein.

Daß die Sozialdemokratie nicht ein luftiges Kunstprodukt irgendeiner verstiegenen „jüdischen Intelligenz“ ist, sondern ein festes, erdgeborenes Erzeugnis greifbar-realer Verhältnisse, beweist ihr Auftreten als Massenpartei in allen Kulturländern mit kapitalistischer Produktion. Die Fortschritte dieser Bewegung in Deutschland hängen aufs engste mit der wachsenden Industrialisierung und Proletarisierung zusammen. Führer dieser Bewegung sind vor allem Arbeiter gewesen. Der Drechsler Bebel, der Sattler Auer, der Schlosser Grillenberger, der Tapezierer Ehrhart, der Schreiner Dreesbach, der Schlosser Hue, der Tischler Legien, der Zigarrenarbeiter Molkenbuhr sind die Organisatoren der Massen gewesen. Der Typus des heutigen sozialdemokratischen Arbeiterführers ist in den realen politischen und sozialen Kämpfen der Gegenwart geschaffen worden.

Die Sozialdemokratie ist keine kleine jüdische Sekte, sie ist eine proletarische Massenpartei, die im Jahre 1922 990 006 männliche und 184 099 weibliche Mitglieder zählte.

Ja, wenn die „marxistische“ Sozialdemokratie nicht eine gewaltige Klassenorganisation der Arbeiterschaft wäre, die das Fundament des neuen demokratisch-sozialen Deutschland bildet, dann würden die wirtschaftlichen und politischen Reaktionäre Deutschlands nicht das Kesseltreiben der Nationalsozialisten gegen den „Marxismus“ tatkräftig unterstützen.

Der Nationalsozialismus ist aber nicht nur eine antidemokratische, gegen die Klasseninteressen der Arbeiterschaft gerichtete Bewegung, sie ist auch eine terroristische Umsturzbewegung mit dem Ziele der gewaltsamen Aufrichtung einer politischen und wirtschaftlichen Gewaltdiktatur.

Der Nationalsozialismus macht nicht nur systematisch alle demokratischen Institutionen der deutschen Republik verächtlich und beschimpft in den gemeinsten Gassenausdrücken die Vertreter dieser Republik, er rüstet auch zielklar seine Anhänger-

schaft für die Niederwerfung der „Novemberdemokratie" und die Beseitigung der „Novemberverbrecher" aus. Sein organisatorisches Rückgrat bilden nämlich die sogenannten „Stoßtrupps". Die Stoßtrupps sind eine Art faschistischer Miliz der Nationalsozialisten. Daß diese Stoßtruppen tatsächlich zum gewaltsamen Umsturz des Staates eingestellt werden sollen, hat Hitler in seiner Rede vom 25. Oktober 1922, in der er grundsätzlich den parlamentarischen Weg zur Umgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands verwarf, unverhüllt dargelegt. Er ließ sich unter anderem in dieser Rede so vernehmen:

„Parlamente werden dem deutschen Volke nie helfen. Ein Weg zur Aenderung unserer Lage ist nur dann möglich, wenn wir bedenken, daß die jüdische Revolution von 1918 von einer geschlossenen kleinen Gruppe gemacht wurde, die dann als Stoßtruppe die breite Majorität mit sich fortriß. Das ist der Gang noch einer jeden Umwälzung gewesen. Nach dieser Erkenntnis hat Bismarck als einzelner Mann das deutsche Volk hochgerissen. Wir Nationalsozialisten wollen uns dieses politische Naturgesetz zu eigen machen und die Stoßtruppe bilden, die das Schicksal des Volkes in die Hand nimmt, um es aus dem Sumpf heraus in eine bessere Zukunft zu führen." (Ausgabe vom 1. November 1922 „Völkischer Beobachter".)

In der gleichen Nummer verherrlichte der „Völkische Beobachter" in dem Artikel „Männer und Waschweiber" die befreiende Tat des Faschistenhäuptlings Mussolini. Er schrieb nämlich:

„Nicht durch 20 Mandate mehr oder weniger (Herr Dr. Heim), sondern kraft seiner Energie, kraft des lodernden Willens seiner Scharen, ihr Vaterland von der bolschewistischen Seuche zu befreien, hat er gesiegt." Und dann pries der „Völkische Beobachter" die revolutionäre Sturmtruppe Hitlers. „Wir sind die Sturmtruppe", so hieß es in dem Artikel weiter, „zur Befreiung des deutschen Volkes von seinen Parasiten, von unfähigen und feigen Schwachköpfen, wir sind der Block, an dem die ansteigende jüdisch-bolschewistische Flut sich einmal brechen wird; wir sind die Bewegung, die nur eins kennt: die Ehre und das Wohl des ganzen Volkes. Der heiligste Nationalismus und der gerechte Sozialismus sind die Voraussetzungen jeglicher Gesundung. Vor allem aber der Wille zum Kampf gegen unsere Blutsauger und Todfeinde ist das, was bald hunderttausende aufrechte Männer uns zuführen wird. Wenn das Chaos im Norden ausbrechen wird, dann wird auch der Kampf fürs neue Deutschland beginnen. Dann wird über die Köpfe der Feigen und Abgestorbenen hinweg,

unter Adolf Hitlers Führung — das Banner des schwarzen Hakenkreuzes entrollt werden und uns zum Siege führen."

Adolf Hitler schulte direkt den Kampfeswillen seiner Stoßtrupps durch planmäßig durchgeführte Exzesse. Die gewaltsamen Ausschreitungen der Hitlerschen Gefolgsleute sind nicht etwa bloße temperamentvolle Ausbrüche einzelner fanatischer Hitlerianer, nein, sie sind zielklare, überlegte Folgeerscheinungen der nationalsozialistischen Umsturzagitation. Die Nationalsozialisten wollen in ihren Reihen brutale Gewalttäter erziehen, die vor nichts, selbst vor dem politischen Mord nicht zurückschrecken. Die Aechtung des politischen Gegners, die Befleckung seiner Ehre, die Mißhandlung, ja die Vernichtung seiner Person, sie werden zu typischen Ausdrucksformen der nationalsozialistischen Bewegung. Die Schöpfer und Anhänger der deutschen Demokratie werden öffentlich zu politischen Verbrechern, zu „Novemberverbrechern", gestempelt. Der politische Mord erscheint schließlich als verdiente, als gottgewollte Tat. Die Namen der „Novemberverbrecher" werden auf die nationalsozialistische Proskriptionsliste gesetzt. Und nicht nur der sozialistische Demokrat, nein, der bloße Angehörige einer bestimmten Rasse verfällt schon der Volksjustiz, der richterlichen Selbsthilfe der deutschen Rasse. Der „Jude" ist gleichsam der fleischgewordene, die Gemeinschaft zersetzende Egoismus. Der Jude ist ein zerstörendes, unsoziales Element in der menschlichen Gesellschaft, nur der Arier baut Staat und Gesellschaft auf. Deshalb schleudert der Demagog Hitler den unsinnigen Satz in die Masse: „Der Arier allein war es letzten Endes, der Staaten bilden und einer Zukunft entgegenzuführen vermochte." Die Staatsschöpfungen der „Juden", die Kulturleistungen aller nicht arischen Rassen haben vor den Augen des Ariers Hitler keinen Bestand. Die sinnlose Wut des politischen Fanatikers gegen die demokratischen Einrichtungen unserer Zeit läßt in dem Kopfe Hitlers den tollen Ausspruch reifen, „daß die Demokratie grundsätzlich nichts Deutsches, sondern etwas Jüdisches ist". Daher ist die rücksichtslose Ausrottung aller jüdischen Demokraten, namentlich der Novemberverbrecher, direkt geboten! Immer und immer wieder brüllt der national-

sozialistische „Völkische Beobachter": „Richte Galgen auf, deutsches Volk!"

Die aus einer Henkerphantasie heraus geborene Agitationsweise der Nationalsozialisten muß selbstverständlich Henkertaten zeitigen. Können wir nicht von nationalsozialistischen Massenverbrechen reden, wenn wir folgende Feststellung nationalsozialistischer Gewalttaten kritisch würdigen:

Im Juni 1921 wird der Abgeordnete Lehrer Gareis in München erschossen, auf den deutschvölkische Hetzblätter förmlich mit dem Finger gewiesen hatten. Im Frühjahr 1921 werden in einer Ausschußsitzung in der nationalsozialistischen Arbeiterpartei in München Pläne über die Ermordung Erzbergers und Rathenaus beraten. Am 14. November 1921 wird ein Attentat auf Auer ausgeführt. Am 29. August 1922 mißhandeln Nationalsozialisten den Kaufmann Heß und seinen Sohn. Im September 1922 begehen die Nationalsozialisten allein vier grobe Ausschreitungen in München. Im Dezember 1922 sind zehn schwere Ueberfälle der Nationalsozialisten in München zu buchen. Im Januar 1923 ereignen sich vier blutige Ausschreitungen der Nationalsozialisten. Sie erstürmen z. B. am 24. Januar das Hotel Grünewald in München. Am 12. März 1923 eröffneten nationalsozialistische Sturmtrupps lebhaftes Feuer auf das Ingolstädter Gewerkschaftshaus.

Am 23. März 1923 fallen in München Hitlers Sturmtupps über die sozialdemokratische Arbeiterjugend her. Am 25. April 1923 entwickelt sich in München-Neuhausen eine förmliche nationalsozialistische Straßenschlacht gegen die unbewaffnete sozialdemokratische Arbeiterjugend. Sie wiederholt sich am 27. April 1923 in München-Schwabing. An diesem Tage wird die bürgerlich-demokratische Frau Dr. Rosa Kempf angepöbelt. Am 23. April 1923 wird der Eisenbahner Hammerschmied in Mittelfeld durch Nationalsozialisten erschossen. Am 29. April 1923 wird von diesen der Maschinist Merkl in Schwandorf ermordet. Am 1. Mai 1923 ziehen die Nationalsozialisten bewaffnet in München auf und zahlreiche Arbeiter werden mißhandelt. Am 3. Mai 1923 erfolgt ein Feuerüberfall auf die sozialdemokratische Arbeiterjugend

Südost-München. Am 21. Juni 1923 schlagen Nationalsozialisten auf den Kommerzienrat Fränkel brutal ein. Im Juli 1923 sind drei schwere Mißhandlungen der Nationalsozialisten in München zu verzeichnen. Am 29. Juli 1923 erstürmen nationalsozialistische Hakenkreuzler das Gewerkschaftshaus in Rosenheim. Bei den nationalsozialistischen Ueberfällen in Nürnberg am 1. und 2. September 1923 wird ein Arbeiter ermordet. Fünf schwere nationalistische Gewalttaten sind überdies noch im September zu buchen. Großes Aufsehen erregte im Sommer 1923 die Ermordung des Studenten Bauer, der vorübergehend eine Vertrauensstellung in den bayerischen Geheimbünden einnahm.

Die Mörder Erzbergers und Rathenaus, die Mordgesellen der Anschläge auf Scheidemann und Harden sind durchweg von einer Pogromstimmung beherrscht worden, wie sie in nationalsozialistischen Kreisen systematisch gezüchtet wurde. Starke Fäden verknüpfen die Nationalsozialisten vielfach mit den Geheimbünden, aus denen die politischen Mörder der führenden „Novemberverbrecher“ hervorgegangen sind.

Der Wirkungskreis des Nationalsozialismus erstreckt sich weit über die Mitgliedschaft der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ hinaus. Es haben der Blücherbund, der Bund Oberland, ja die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns in enger Fühlung mit den Nationalsozialisten gestanden. So verbrüderte sich Anfang Februar 1923 der „Kommandeur“ der nationalsozialistischen Fahnenweihe, Klintzsch, förmlich mit dem „Blücherbunde“ auf dieser Fahnenweihe. Nationalsozialisten und Blücherbündler redeten sich auf diesem Feste in einen wahren Blutrausch hinein. Das bezeugt der Bericht der „Münchener Post“ vom 6. Februar 1923 über diese Fahnenweihe:

„Vor den zirka 1500 Nationalsozialisten, Ehrhardt-, Roßbach- und Blücher-Leuten beschwor Xylander den Geist Blüchers gegen das Gefasel von Einheitsfront!! „Joseph Wirth (Lebhafte Pfuirufe) hat in Bayern einen Bruder bekommen, den Minister Schweyer.“ (Beispielloser, tobender Lärm, minutenlanges Gebrüll: „Aufhängen! Aufhängen! Den Lumpen an die Wand! An den Galgen! Aufhängen! Aufhängen! Dem Schwein die Gurgel abschneiden!“) Als sich endlich der Lärm gelegt hatte, hielt es Xylander nicht für seine sittliche Führerpflicht, seinen Leuten zu widersprechen, sondern

schürte ihren Haß gegen *Schweyer* geflissentlich weiter, wobei er ihn wiederholt mit Namen nannte. „Blücher ist auch vorbildlich für uns, weil er die Federfuchser haßte; dabei waren die damaligen Federfuchser pflichttreue Beamte, die heutigen Federfuchser sind jedoch Parlamentarier, die lieber Deutschland zugrunde richten, ehe sie sich von ihren Ministersesseln trennen wollen. *Knilling* und *Schweyer* vernichteten den Ruhm Bayerns, eine Gesundungszelle des ganzen Deutschlands zu sein?“...

Der geistige Führer des Bundes „Blücher“ ist Herr Arnold Ruge, der auch am Samstag die Festrede hielt. Herr Ruge ist der steckbrieflich verfolgte frühere Privatdozent der Universität Heidelberg, der im Frühjahr 1921 sich in Oberschlesien „Geheimrat“ Berger nennen ließ und die berüchtigte Mörderzentrale auf Schloß Bielau leitete... Ruge ist der Alte geblieben: „Wir haben noch eine Weile Zeit, ehe es gegen die Franzosen geht; *diese Zeit müssen wir nützen, um denjenigen Verbrechern den Tod zu bereiten, die uns erreichbar sind!*“ Ruge warf dem Bund „Oberland“ vor, daß er das Hakenkreuz nur auf den Lippen trage und nicht auf dem Stahlhelm und im Herzen, nannte den Ausnahmezustand ein Werk des Juden *Rosenblatt*, eines Freundes von Dr. *Heim*, und beschimpfte die grüne Sicherheitspolizei, weil sie sich nach München verladen ließ, um hier die nationale Bewegung niederzuknüppeln. Ein ganz anderer erfreulicher Geist beseele die *Münchener Reichswehr; sie hätte sich in einer Abstimmung gegen einen Angriff auf die Hitler-Leute ausgesprochen; die Reichswehrleute hätten es abgelehnt, Henkersknechte der parlamentarischen Lumpen zu sein.*

Die Fahnenweihe vollzog Regierungsbaumeister Schäfer aus Schleißheim. Die „Kampffahnen“ des Bundes „Blücher“ werden sich noch *vor der nächsten Baumblüte im Blutvergießen bewähren. Klintzsch*, der „Kommandeur“ der nationalsozialistischen Sturmabteilung, trat vor und entbot den *Bundesbrüdern vom „Blücher“* den Gruß der nationalsozialistischen Sturmabteilung: „Durch Taten, nicht durch Worte! *Unsere Taten sind Blut und Eisen!*“ Ein Stoßtrupp der nationalsozialistischen Sturmabteilung stand stramm, solange Klintzsch sprach...

Aus dem Liederbuch des „Blücher“ sei folgende sehr charakteristische Strophe zitiert:

„*Herr sende uns den Wittelsbach,*
der uns mit scharfem Schwertesschlag
Das Raubzeug treibt nach Hause! ...“

Ein geschäftstüchtiger Nationalsozialist rief im Saal laut aus: „Die verbotene Nummer des „Völkischen Beobachters“!“

Der *Blücherbund* überbot sogar noch die Leiter des „Völkischen Beobachters“ an ungezügelter Propaganda politischer Gewalttaten. Der Redakteur Eckardt galt einem

Ruge als Flaumacher, weil er dem tollpatschigen Hitler dann und wann in den Arm gefallen war. Ruge plante sogar die Ermordung Eckardts. Eine große Sensation bildete im Münchener Fuchs-Machhaus-Prozeß am 7. Juni 1923 die Zeugenaussage des Kaufmanns Hug, eines Gründungsmitglieds des Blücherbundes. Nach dieser Aussage entwickelte Ruge dem Zeugen den Plan zur Gründung einer Tscheka innerhalb des Blücherbundes. Diese Tscheka sollte über mißliebige Personen zu Gericht sitzen und sie im gegebenen Falle hinrichten. Zur Ausführung des Tscheka-Befehls habe Dr. Ruge zwei Männer gedungen: Weinbrecht und Bau. Diese beiden sollten zunächst den Dr. Heim erdolchen, und er selbst (Ruge) wollte den Dietrich Eckardt mit Gift beseitigen. Eckardt, der leitende Kopf des „Völkischen Beobachters" in München, sollte deshalb dem Tode verfallen, weil er im gegebenen Augenblicke immer den zu Taten ausgreifenden Hitler zurückgehalten habe. Ruge bestritt die Angaben Hugs, worauf dieser ihm kurz entgegnete: „in Oberschlesien habe sich ja bereits Ruge in dem Gewerbe eines Tscheka-Häuptlings betätigt".

In der Tat: Dr. Arnold Ruge hat als Leiter der Feme des Bundes Oberland in Oberschlesien die Ermordung einiger Menschen moralisch auf dem Gewissen. Die Namen der Ermordeten sind in der „Münchener Post" offen genannt worden. Die Münchener Polizei hat jedoch den Dr. Ruge nicht zur Verantwortung gezogen. Im Gegenteil, der hochverräterische, den Sturz der Reichsverfassung betreibende Geheimbund Oberland konnte sich geradezu von ihr geschützt glauben. Die Oberländer, die das Freikorps Oberland in Oberschlesien bildeten, maßten sich richterliche Befugnisse an und traten zugleich als Strafvollstrecker auf. Sie haben unter anderem zwei sogenannte „Gefangene", den Apothekerlehrling Karl Görlitz und einen gewissen Stefan Stellmach, auf der Straße von Schönau nach Kasimir erschossen. Am 3. Juli 1921 wurden weiter sechs junge Männer der Nachrichtenzentrale Oberland überliefert und dann erschossen. Die Münchener Polizei hat zu dieser veröffentlichten Feststellung geschwiegen. Die Geheimbünde Bayerns standen in engster Fühlung mit Organen der Münchener Polizei, und die drauf-

gängerischen Landsknechte des Kapitäns und Kapp-Putschisten Ehrhardt sind massenhaft der Polizei eingegliedert worden. Am 6. Juli 1922 erklärte der Abgeordnete Dill im bayerischen Landtag: „Ich will nur so viel sagen, als ich unter Eid vor Gericht aussagen könnte, und das ist, daß Herr v. Kahr von dem Bestehen der Geheimorganisationen wußte und daß eine Mittelsperson zwischen den Geheimorganisationen und ihm, nämlich Herr Pöhner, da war. Als Zeuge für diese Aussage kann ich ein sehr prominentes Mitglied aus diesem Hause nennen."

Die Gönner der Geheimbündler und der mit ihnen verbündeten Nationalsozialisten saßen in den leitenden Kreisen der bayerischen Regierung.

Der Blücherbund, der u. a. auch eine gemeingefährliche Mordpropaganda gegen die sogenannten „Novemberverbrecher" trieb, konnte nur wegen der Untätigkeit der vom Geiste Pöhners geleiteten Münchener Polizei den annexionistischen Plänen französischer Militärs dienstbar gemacht werden. Der französische Generalstabsoffizier Richert, die Seele der separatistischen Verschwörung Fuchs-Machhaus, ist Mitglied des Blücherbundes unter dem Decknamen Kräuter gewesen. Ruge hat ferner nach der Aussage Hugs 1½ Millionen Mark von Machhaus erhalten. Dieses Sümmchen ist also dem großen Vaterlandsbefreier aus der französischen Kasse zugeflossen.

Der nationalsozialistische Fanatismus, der in vielen Blücherbündlern tobte, beseitigte in diesen jede moralische und gesetzliche Schranke. Um die Reaktion über die „Novemberverbrecher" triumphieren zu lassen, verbanden sich rabiate Blücherbündler selbst mit den Franzosen.

Am 12. März 1923 wurden nämlich in Frankfurt a. M. der Kaufmann Wilhelm Rüllmann aus Frankfurt a. M. wegen hochverräterischer Handlungen festgenommen. Wegen Beihilfe wurden am 13. und 14. März der Kaufmann Karl Metzger, der Fabrikant Wolfgang Hiel, Student Walter Eberhardt, Privatbeamter Alfons Bau verhaftet, sämtlich Mitglieder des Bundes „Blücher" e. V. zu München. Rüllmann hatte die Absicht,

eine Synagoge in Frankfurt am 3. März in die Luft zu sprengen, um dadurch die rechtsgerichteten vaterländischen Verbände zu ähnlichen Akten zu veranlassen, die darauf gerichtet seien, in Bayern die Monarchie herzustellen. Er setzte sich mit einem französischen Offizier, dem Kapitän De Pomarede, in Verbindung und suchte ihn für den Plan zu interessieren und gleichzeitig von den Franzosen das zur Ausführung der Tat erforderliche Material (zwei Automobile, Handgranaten, Pistolen und Geld) zu erlangen. Die übrigen Festgenommenen hatten Kenntnis von Rüllmanns Vorhaben und wollten ihm bei der Ausführung der Tat zur Verfügung stehen.

Am 27. Juni 1924 wurden im Staatsgerichtshof Leipzig Bau zu 7 Jahren Zuchthaus, Rüllmann, Hiel und Metzger zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Man sieht, der durch die Nationalsozialisten geschürte Fanatismus macht vor den schwersten Zuchthausverbrechen nicht Halt. Der deutschvölkische Fanatiker wird zum Hoch- und Landesverräter — und er wird zum Mörder.

Am 15. März 1924 wurden im Parchimer Mordprozeß vom Leipziger Staatsgerichtshof sechs deutschvölkische Angeklagte zu hohen Zuchthausstrafen wegen schwerer Körperverletzung und vollendeten Totschlags des „Landarbeiters" Kadow verurteilt. Der Prozeß ergab, wie der Reichsanwalt Dr. Ebermeyer betonte, eindeutig die Beteiligung der völkischen Organisationen an Mordtaten. In der Urteilsbegründung wurde dann das Vorliegen eines außerordentlichen schweren Verbrechens, das des politischen Hintergrundes keineswegs entbehre, festgestellt. Der Verein der Angeklagten bilde eine Fortsetzung der Roßbach-Organisation. Diese Organisation hielt mit den Nationalsozialisten Münchens engste Kameradschaft! Roßbacher und Nationalsozialisten marschierten in München vielfach zusammen.

Welcher Blutdampf steigt aus dem „Parchimer Mordprozeß" auf, der die scheußlichen Einzelheiten der tierischen

Abschlachtung eines Menschen enthüllt? Im „Blutrausch" durchschneidet die deutschvölkische Bestie Wiemeyer dem halb zu Tode gepeinigten Opfer einer deutschvölkischen „Bestrafung" den Hals!

In Gera ist ein politischer Mordanschlag Deutschvölkischer geplant worden. Der Anschlag richtete sich gegen ein Regierungsmitglied und einen Oberwachtmeister. Ein hakenkreuzlerischer Seilermeister Hiermann lieferte zu diesem Attentat einen Armeerevolver mit acht Patronen. Als Mörder war ein Gärtner Hauschild gedungen. Am 31. Oktober 1922 erhob die „Münchener Post" die furchtbare Anklage, daß sich die Nationalsozialisten Klintsch, Esser, Hamm, Hitler und Maurice verabredet hatten, ein Mitglied des Sturmtrupps, den sie als Verräter verdächtigten, niederzurennen und zu zertreten. In Mannheim erfolgte ein Attentat auf die Börse, bei dem ein Nationalsozialist tätige Hilfe leistete, in Münster wurde die Druckerei des dortigen sozialdemokratischen Blattes in die Luft gesprengt.

In der nationalsozialistischen Gruppe Augsburgs, die mit Ruge in Verbindung stand, empfahl Dr. Grandel, nachdem er die Parole des Guerillakrieges gegen die Franzosen ausgegeben hatte, zuvor die Arbeiter niederzuwerfen. Herr Dr. Grandel ist später in den Attentatsprozeß Seeckt verwickelt worden. Seine Freisprechung erregte in weiten Kreisen Befremdung.

Nationalsozialistische Aufreizungen, Gewalttätigkeiten, Mordanschläge und Attentate also in Hülle und Fülle. Sie häuften sich so massenhaft, daß man heute nicht mehr von Verbrechen einzelner Fanatiker sprechen kann. In der Züchtung dieser Verbrechen lag im Gegenteil System: sie waren alle aus dem reaktionären Rachegedanken herausgeboren: Fort mit den Demokraten des neuen Deutschland, und sie dienen alle dem Zweck des Umsturzes der deutschen Republik.

Aber mit diesen einzelnen Verbrechen ließen es die Nationalsozialisten nicht bewenden, sie organisierten offenkundig und zwar unter den Augen und teilweise unter Mitwirkung der höchsten Würdenträger des bayerischen Staates (Kahr, Pöhner, Roth) den Umsturz der

deutschen Republik. Mehrere gewaltsame nationalsozialistische Umsturzversuche, bei denen organisierte Massen eingestellt wurden, lassen sich sofort feststellen.

Der antisemitische Putschismus der Nationalsozialisten regte sich zuerst in dem deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunde. In den Geheimorganisationen zum Umsturz der demokratischen Regierung in den Märztagen 1920 wirkten zahlreiche Mitglieder des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes mit. Am 14. März 1920 hat der deutschvölkische Häuptling Hemmetter, der nachher den Putschisten Hitler verteidigte, die Zeitfreiwilligen Münchens zum raschen und entschlossenen Handeln gegen das demokratische Ministerium Hoffmann aufgefordert. Die Münchener Polizei war damals schon von Pöhner mit deutschvölkischen, nationalsozialistischen Elementen durchsetzt worden. Am 14. März 1920 kam während des Ministerrats im offiziellen Auftrag des politischen Abteilungschefs der Münchener Polizeidirektion ein Beamter, um offiziell mitzuteilen, daß die Polizeidirektion es ablehne, angesichts der Stimmung der Truppen dem Ministerium Schutz zu gewähren. In diesen Märztagen erschien — „aus Versehen" — mit Erlaubnis des Polizeidirektors Pöhner ein echt nationalsozialistisches Flugblatt, das den Staatsumsturz der Kapp-Lüttwitzschen Rebellenbande in der unverfrorensten Weise und mit den pöbelhaftesten Ausfällen gegen „die Judenregierung" verherrlichte.

Im Spätsommer 1921 schien die Lage in Bayern reif für einen nationalsozialistischen Putsch zu sein. Die nationalsozialistischen Sturmtrupps hielten in dieser Zeit massenhafte Generalappelle und Kontrollversammlungen ab. Am 21. September 1921 richtete daher der Landtagspräsident Königsbauer dieses Telegramm an den Ministerpräsidenten v. Kahr:

21. September.

Herrn v. Kahr, Berchtesgaden.

Ich habe amtliche Mitteilung, daß morgen oder in den nächsten Tagen Rechtsputsch gegen Landtag beabsichtigt. Ersuche, sofort diesen Bestrebungen öffentlich entgegenzutreten und unverzüglich als verantwortlicher Minister des Innern nach München zu kommen. Landtagspräsident Königsbauer.

Herr v. Kahr mußte darauf notgedrungen eine öffentliche Warnung an alle Teile des Volkes vor unüberlegten Schritten und „etwaigen Versuchen gewaltsamen Eingreifens in den

verfassungsmäßigen Gang der öffentlichen Ereignisse" erlassen.

Ende Januar 1923 traf die nationalsozialistische Partei abermals die Vorbereitungen zu einem Putsche. In diesen Tagen fürchtete die bayerische Regierung das schlimmste von einer allgemeinen nationalsozialistischen Parteikundgebung. Sie verbot deshalb am 26. Januar 1923 den Organisatoren des nationalsozialistischen Parteitags alle Veranstaltungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel. Eine fast verzweifelte Stimmung herrschte in den Regierungskreisen, eine Stimmung, die ein Städtevertreter, der sich damals zu einer Sitzung im bayerischen Landwirtschaftsministerium in München eingefunden hatte, in der „Fränkischen Tagespost" packend mit diesen Worten geschildert hat:

„Zirka 60 Personen waren nachmittags im Sitzungssaal des Landwirtschaftsministeriums versammelt, als der Vertreter des Ministers, Herr Ministerialrat Hänlein, die Sitzung eröffnete mit ungefähr folgenden Worten:

„Der Herr Minister ist verhindert, an der heutigen Sitzung teilzunehmen. Er ist seit frühester Morgenstunde im Ministerrat. Wir durchleben zurzeit schwere, sorgenvolle Stunden; es ziehen sich schwere Gewitterwolken über uns zusammen, die sich jeden Moment entladen können. Die Regierung weiß nicht, ob sie in den nächsten Stunden noch die Macht in Händen hat. Sie werden begreifen, daß bei der Sachlage über eine Milchpreiserhöhung nicht verhandelt werden kann. Die Regierungsvertreter ziehen sich deshalb von den Beratungen zurück. Der Abgeordnete Eichner, der über die Lage unterrichtet sei, wird vielleicht hierüber Bericht erstatten."

Hierauf haben sich die Regierungs- und Städtevertreter zurückgezogen. Die Teilnehmer hatten zuerst den Eindruck, daß die angedeutete Gefahr mit der Ruhrbesetzung der Franzosen zusammenhänge. Erst durch den Abgeordneten Eichner wurde berichtet, daß ein ernstlicher Umsturz von seiten der Nationalsozialisten drohe. Man hat dann über die Maßnahmen gesprochen, die ergriffen werden sollen, falls der Zugverkehr schon in den nächsten Stunden eingeschränkt werde. Die Landwirte haben sich nach Bekanntwerden der geplanten Umwälzung schleunigst zum Bahnhof begeben und sind heimgefahren. Die Städtevertreter unterhandelten in der Vorhalle mit den Vertretern des Ministeriums des Innern, der Landespreis- und Landeswucherabwehrstelle. Auch diese Herren waren alle der Meinung, daß schon nach wenigen Stunden Hitler die Macht an sich gerissen haben wird, und daß die Auflösung des Landtags und die Beseitigung der jetzigen Regierung unmittelbar bevorstehe. Es wurde auch schon davon gesprochen, daß Herr v. Kahr zum

Staatspräsidenten und Hitler zum Ernährungsdiktator ausersehen sei.

Ich selbst hatte nach den Erklärungen der Regierungsvertreter den Eindruck, daß die Hitler-Garde schon im Anmarsch sei. Auf dem Wege zum Bahnhof mußte ich mich wundern, daß das Leben und Treiben genau so ruhig war wie in den Vormittagsstunden und daß keinerlei Anzeichen für den Aufruhr zu sehen waren. Herr Oberbürgermeister Knorr, der Syndikus des Städtebundes, erklärte mir, daß er heute vormittag mit Herrn Geheimrat Held verhandelt habe, und dieser sei sehr pessimistisch gewesen. Er habe auch die Ansicht vertreten, daß diesmal der Umsturz unvermeidlich sei."

Ueber den Fortgang dieser Hitlerschen Umsturzbewegung schrieb die „Glocke" am 14. Mai 1924:

„Die Hitlerianer rebellieren nun direkt gegen das Verbot, ihre Festlichkeiten unter freiem Himmel abhalten zu dürfen. Das Staatsministerium stellte Ende Januar 1923 fest: Die Nationalsozialisten „lehnten aber diese Anordnungen ab und drohten, daß der staatlichen Gewalt Gewalt entgegengesetzt werde. Damit hat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei den gesetzmäßigen Boden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angesagt."

Ueber den Kopf der bayerischen Regierung hinweg aber unterhandelte der Münchener Polizeipräsident Nortz mit den rebellischen Häuptlingen der Nationalsozialisten, trug ihren Wünschen Rechnung und erlaubte die bereits verbotenen Demonstrationen in München. Mit Herrn Nortz im Bunde hatten, wie die Münchener Neuesten Nachrichten" schrieben, „die bewährten und verehrten Führer" der nationalen Bewegung den „Ausgleich in die Hand genommen" und „die aufs äußerste zugespitzte Situation" gerettet. Diese „bewährten und verehrten Führer" sind in erster Linie die Förderer der faschistischen Bewegung in München, die Herren v. Kahr und Roth, gewesen.

Die Nationalsozialisten kehrten sich aber selbst nicht an die Abmachungen mit dem Polizeipräsidenten Nortz, sie veranstalteten ihre *Fahnenweihe unter freiem Himmel* auf dem Marchfelde. Am Tage nach dieser Fahnenweihe buchte die „Münchener Post" als sehr ernstes politisches Ereignis die vollkommene Niederlage der bayerischen Regierung, die mit Hitler Handelsgeschäfte abgeschlossen hatte.

Am 1. Februar 1923 mußte der Ministerpräsident v. Knilling wohl oder übel die Rolle des öffentlichen Anklägers gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung übernehmen. Ihre „*Forderungen der Diktatur*" und „*der Beseitigung des Parlamentarismus hätten die Gemüter aufgepeitscht*". Er verurteilte scharf „*ihre Greueltaten und Hausfriedensbrüche*". Die Bewegung sei in „ein für die *öffentliche Ordnung außerordentlich bedenkliches Fahrwasser*" getreten."

Und trotz aller dieser Feststellungen löste das bayerische Ministerium Knilling die hochverräterischen Organisationen der Nationalsozialisten nicht auf. Diese konnten den Novemberputsch 1923 in München nur durchführen, weil die bayerische Regierung die aufrührerischen Trupps fortbestehen ließ, die zur militärischen Errichtung der Diktatur Hitlers, Ludendorffs und Pöhners aufmarschierten. Diese sträfliche Unterlassung der geradezu gebotenen Auflösung der Hitlergarde, die den Grundstock der sogenannten „nationalen Armee" Ludendorffs abgeben sollte, bedeutete eine ganz verantwortungslose Begünstigung von Hochverrätern, die offen den Sturz der von den bayerischen Beamten beschworenen Reichs- und Landesverfassung betrieben.

Die Begönnerung der nationalsozialistischen Hochverräter trieb Herr v. Kahr, der mit diesen seit 1921 in enger Fühlung lebte, noch weiter. Am 8. November 1923 wurde in einer Besprechung zwischen Kahr, Ludendorff, Lossow und Seißer „Einheitlichkeit" in bezug auf die erstrebenswerten Ziele festgestellt, „wenn auch General Ludendorff in bezug auf das Tempo drängte, angesichts der großen Notlage, in der sich weite Kreise des deutschen Volkes befänden". Mit Hitler und Ludendorff standen die Vertrauensmänner und die militärischen und polizeilichen Mithelfer Kahrs, die Herren Lossow und Seißer, in ununterbrochener Verbindung, so daß beide Hochverräter noch am 8. November nachmittags diesen Herren versichern konnten, „daß sie nichts unternehmen werden, ohne die genannten Herren vorher in Kenntnis zu setzen". Mit einem feinen ironischen Lächeln konstatiert daher der Professor des Staatsrechts Karl Rothenbücher in seiner Schrift: Der Fall Kahr: „Die Uebereinstimmung zwischen den Vertretern der „Staatsautorität" und den Empörern ist also so groß, der Wille zum Zusammenarbeiten so fest, daß die Revolutionäre vertrauensvoll die Vertreter der Staatsautorität von ihren geplanten Schritten in Kenntnis setzen können. Und die Vertreter der Staatsautorität fordern lediglich, daß die anderen nicht ohne sie losschlagen."

Die bayerische Regierung, die im Herbst 1923 im wesentlichen in den Händen des Generalkommissars v. Kahr ruhte,

beschritt selbst den Weg des Verfassungsbruchs und Revolte. Sie nahm den meuternden General v. Lossow, der seines Amtes enthoben war, weil er sich ausdrücklich geweigert hatte, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen, in Pflicht und gliederte förmlich die „bayerische Reichswehr" dem bayerischen Staate an. Am 21. Oktober stellten die Reichsregierung und der General v. Seeckt in Erlassen den offenen Verfassungsbruch der bayerischen Regierung fest. Seeckt nannte den Schritt der bayerischen Regierung einen „gegen die Verfassung gerichteten Eingriff in die militärische Kommandogewalt". Selbst Ludendorff bezeichnete in dem Hitler-Prozeß die Gehorsamsverweigerung Lossows als „militärische Meuterei" und sprach ferner von einem schweren Bruch der Weimarer Verfassung.

In der nächsten Umgebung des Herrn v. Kahr gab man die Parole des Marsches auf Berlin aus. Am 20. Oktober 1923 flegelte nämlich der Stellvertreter Kahr, der Freiherr von und zu Aufseß, in einem konterrevolutionären Kreise die Berliner Reichsregierung als „Judenregierung" an, an dessen Spitze ein „Matratzeningenieur" stehe. „Ich habe seinerzeit gesagt," so rief er aus: „In Berlin ist alles verebert und versaut, und ich halte das auch heute noch aufrecht." Dieser bayerische Adelssproß drückte den Straßendemagogen des „Völkischen Beobachters" warm die Hand und deckte mit seiner freiherrlichen Hinterseite den Meineidsanstifter und Hochverräter Ehrhardt und die blutigen Mörder Erzbergers. „Der „Völkische Beobachter," so bemerkte er, „darf wieder erscheinen... Wir haben auch keine Veranlassung, einen Ehrhardt zu verhaften, auch die Erzberger-Mörder können ruhig ihrem Berufe nachgehen, wir würden sie niemals ausliefern."

Dieser Stellvertreter Kahrs kündete offen den Marsch nach Berlin an.

Die Einsetzung einer Diktatur fand Kahrs vollen Beifall, und er unterstützte den Staatsumsturz offen dadurch, daß er — obwohl leitender Beamter einer Republik — sich zum „Statthalter der Monarchie" eigenmächtig proklamierte.

Den von Lossow und Kahr begonnenen Sturm auf die Reichsverfassung setzten eben die nationalsozialistischen Häuptlinge Hitler, Ludendorff, Pöhner

fort. Sie erklärten am 8. November 1923 die **Reichsregierung** für **abgesetzt**, stellten eine sogenannte **Nationalarmee** auf die Beine und beriefen zu Leitern der neuen Reichsregierung Ludendorff, Pöhner und andere Reichsrebellen.

In der Nacht zum 9. November wurden von den Münchener Nationalsozialisten **Geiseln** festgenommen, Gelder beschlagnahmt, Automobile konfisziert. Eine Rotte Nationalsozialisten **plünderte** die „Münchener Post" total aus, zerstörte Betriebsmittel der Zeitung und stahl Gelder und Schreibmaschinen. Die Wohnung Auers durchsuchte eine andere Rotte. Am 9. November prangte dann ein Aufruf an den Straßenecken Münchens, in dem es hieß:

> „Die führenden Schufte des Verrats vom 9. November 1918 sind von heute als **vogelfrei** erklärt. Jeder Deutsche, welcher **Ebert, Scheidemann**, Oskar Cohn, Paul Levi, Theodor Wolff, Georg Bernhard und ihre Helfer und Helfershelfer ausfindig machen kann, hat die Pflicht, sie **tot oder lebendig** in die Hände der völkischen nationalen Regierung zu liefern."

Schon am 23. Oktober 1923 hatte der nationalsozialistische Hauptmann Göhring nach einer Besprechung mit den militärischen Führern der nationalsozialistischen Bewegung für den Fall der **Reichsdiktatur Ludendorff-Hitler** an die „**Stoßtrupps**" folgende Weisung ausgegeben:

„Die Führer haben in ihren Bezirken Aufrufe zur Uebernahme der Gewalt sofort vorzubereiten. Es muß mit dem schärfsten Terror vorgegangen werden. Wer die geringsten Schwierigkeiten macht, ist zu erschießen. Es ist notwendig, daß die Führer sich jetzt schon die Persönlichkeiten heraussuchen, deren Beseitigung notwendig ist. Mindestens einer muß zur Abschreckung nach Erlaß des Aufrufs sofort erschossen werden."

Durch diese „Weisung" wird tageshell die politische Bedeutung der Verhaftung der sozialdemokratischen „Geiseln" und des förmlichen Haftbefehls gegen den „Novemberverbrecher" Ehrhardt Auer beleuchtet. In dem sozialdemokratischen Führer Auer, in dem Bürgermeister Schmid und in den sozialdemokratischen Stadträten Münchens sollte die **deutsche Republik** getroffen werden. Es war in München ein offenes Geheimnis, daß auf der **Proskriptionsliste** der Hitlerianer an erster Stelle der Name Ehr-

hard Auers stand. Oeffentlich konnte ein Hitler seine Mannen auffordern, in ihren Notizbüchern die Namen aller der „Novemberverbrecher" aufzuzeichnen, mit denen abgerechnet werden müßte.

Welche bestialischen Instinkte in den Hitlerianern wüteten, die den Bürgermeister Münchens und die sozialistischen Stadträte als Geiseln abführten, beweist die Abänderung des Erschießungsbefehls. Ein Zeuge gab im „kleinen Hitler-Prozeß" an, der Angeklagte v. Knobloch hätte gerufen: „Obacht! Befehl! Die Geiseln werden nicht erschossen, sie werden erschlagen, erstochen oder zertreten. Es wird ihnen einfach mit dem Gewehrkolben der Schädel eingeschlagen." Das Leben der Geiseln wurde durch einen geschickten Eingriff noch im letzten Augenblick gerettet.

Der umstürzlerische Charakter der nationalsozialistischen Organisationen führte in Preußen, nachdem sich Hitler in Anlehnung an Mussolini direkt für die faschistische Diktatur (9. November 1922) ausgesprochen hatte, zum Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Preußen. Mit dieser Partei lebte in engster Gemeinschaft, wie das veröffentlichte Briefe Wulles beweisen, die Deutschvölkische Freiheitspartei.

Am 23. März 1923 löste deshalb der preußische Minister des Innern Severing auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Deutschvölkische Freiheitspartei mit allen ihren Zweigvereinen und Organisationen einschließlich der Jugendvereinigung York von Wartenburg auf. Zugleich ließ er das Vermögen der aufgelösten Vereinigungen beschlagnahmen: Die Deutschvölkische Freiheitspartei betrachtete er als eine versteckte Fortsetzung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. In der Begründung dieser Auflösung hieß es:

„Der organische Zusammenhang der außerhalb Preußens zum Teil noch offen bestehenden Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei wird durch die in den jüngsten Tagen bekanntgegebene Verschmelzung beider Organisationen zweifelsfrei erwiesen. Dabei hat sich die Deutschvölkische Freiheitspartei der Führung von Adolf Hitler unterstellt.

Da es nach den Bestimmungen des Republikschutzgesetzes nicht erlaubt ist, eine verbotene Vereinigung in irgendeiner Form fortzusetzen und auch der Deckmantel einer Reichstagspartei hierfür nicht benutzt werden darf, unterliegt auch die Deutschvölkische Frei-

heitspartei dem Verbot, das für Preußen gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ergangen ist.

Das Ziel der Deutschvölkischen Freiheitspartei ist nach der Erklärung des Parteivorsitzenden v. Graefe auf der Vertretertagung vom 10. Februar 1923 unter anderem entsprechend den Zielen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf Beseitigung des Parlamentarismus gerichtet. Dieses Ziel hat die Partei nicht auf verfassungsmäßigem Wege verfolgt, sie hat es vielmehr unternommen, den Parlamentarismus gewaltsam zu beseitigen und damit die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform in einer Weise untergraben, die auch als Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens im Sinne der §§ 81 Nr. 2, 86 StGB. zu gelten hat. In Verfolgung dieses Zieles hat die Partei nämlich im geheimen umfangreiche Vorbereitung zu einem nationalistischen Putsch getroffen. In fast allen preußischen Provinzen sind von der Partei „Hundertschaften" oder sogenannte „Turnerschaften" gebildet worden, die sich selbst als Bestandteile der Deutschvölkischen Freiheitspartei bezeichnen und zu einem unmittelbar in der Parteileitung tätigen, dem früheren Selbstschutzführer Oberleutnant a. D. Roßbach unterstellten „Kommando der Turnerschaften" zusammengefaßt sind. Dafür, daß mit dieser Organisation innerpolitische Kampfziele verfolgt wurden, liegen urkundliche Beweise vor. Insbesondere steht auch fest, daß Fühlung mit einzelnen Teilen der Reichswehr gesucht worden ist, um diese zu bestimmen, bei dem Kampfe, mit dessen Ausbruch noch im Monat März gerechnet wurde, „wohlwollende Neutralität" zu bewahren. Waffen sind bei einzelnen Mitgliedern gefunden worden; auch liegt urkundliches Material für weiteren Waffenbesitz vor.

Verbot und Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei sind somit auch wegen Verstoßes gegen den § 7 Abs. 1 Nr. 4 und 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik gerechtfertigt.

Bei dieser Sach- und Rechtslage erübrigt sich die Anführung des weiter vorliegenden Materials sowie der außerdem anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen.

Die Vermögensbeschlagnahme ist durch § 18 des Gesetzes gerechtfertigt."

Wenige Tage später verbot die thüringische Regierung die Deutschvölkische Freiheitspartei. Zu diesem Verbot teilte sie amtlich mit:

„Die Bildung von Stoßtrupps und Hundertschaften in Thüringen ist von Angehörigen der Deutschvölkischen Freiheitspartei vorgenommen worden und zwar im Zusammenhang mit den bayerischen Organisatoren der Hundertschaften und Stoßtrupps der Nationalsozialisten. Die Persönlichkeit in Weida, an die der nationalsozialistische Alarmbefehl vom 23. März gerichtet war, ist zugleich Geschäftsführer der Deutschvölkischen

Freiheitspartei in Weida. Insbesondere in Südthüringen ist eine Reihe von führenden Mitgliedern der Deutschvölkischen Freiheitspartei gleichzeitig in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei organisiert.

Die Deutschvölkische Freiheitspartei in Thüringen verfügte bereits über 15 Ortsgruppen. Die Organisationszentren für die thüringischen Hundertschaften der Nationalsozialisten sind Hof und Koburg. Der Sitz des durch die Geraer Verhaftung festgestellten Regimentsverbandes ist Nürnberg. Bei Mitgliedern der Deutschvölkischen Freiheitspartei vorgefundene Stammrollen weisen auf das Bestehen eines „Jägerregiments Oberfranken" hin, dessen Regimentsstab mit dazugehörigen Einrichtungen fertig steht. Das Stabsquartier befindet sich in Erlangen.

Nachdem der preußische Innenminister Severing auf Grund der in Preußen vorgenommenen Ermittlungen sich zu energischem Vorgehen veranlaßt sah und die Festnahme der nationalsozialistischen Kuriere in Gera die Größe der Gefahr zeigte, sah sich der thüringische Innenminister zu raschem Eingreifen genötigt. Eine Reihe von Festnahmen und Haussuchungen bei führenden Persönlichkeiten ergab derartig belastendes Material, daß ein sofortiges Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei notwendig wurde. Mehrere Verhaftete wurden im Laufe des Sonntag und Montag nach festgestelltem Ergebnis wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Anzahl nationalsozialistischer Führer entzog sich der Verhaftung durch die Flucht nach Bayern. Die von den Nationalsozialisten dem Staate und dem inneren Frieden drohende akute Gefahr kann noch nicht als beseitigt angesehen werden. Die Ermittlungsergebnisse werden dem Oberreichsanwalt übergeben."

Die thüringische Regierung gab weiter einen Nürnberger Abteilungsbefehl bekannt, der einen klaren Einblick in die Organisation der „Sturmabteilungen" gewährte.

Am 1. Oktober 1923 brach der Küstriner Putsch des Majors Buchrucker aus, der sehr schnell niedergeschlagen wurde. Buchrucker erhielt eine zehnjährige Festungshaftstrafe. Er stand mit vielen Gleichgesinnten im Reiche in regem Verkehr. Sollte doch der Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei v. Graefe darüber vernommen werden, ob er mit Buchrucker nach München zu Verhandlungen mit dem Nationalsozialisten Hitler gefahren sei! Herr v. Gräfe erschien nicht, und so konnte die Verbindung Buchruckers mit den Münchener Nationalsozialisten nicht durch das Gericht festgestellt werden.

Die „Deutschvölkische Freiheitspartei" ist aus dem gleichen Material zusammengesetzt und in die gleiche Form wie die

nationalsozialistische Partei gegossen. Das hat Herr Wulle in Privatbriefen, die am 23. April 1923 im „Vorwärts" veröffentlicht sind, offen zugegeben. In einem Brief an Erich Rudolf, einen leitenden Kopf der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Dresden, schreibt er: „Infolge der Gleichartigkeit unserer Bestrebungen hat sich auch die Großdeutsche Arbeiterpartei, die durch und durch nationalsozialistisch ist, mit uns verschmolzen. Sie können also mit Recht sagen, daß in der Hitler-Bewegung etwas Verwandtes, im wesentlichen sogar Gleichartiges wäre."

Bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 schlossen sich die Nationalsozialisten und die Anhänger der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" zu einer festen Kampffront zusammen, und sie schlugen die Wahlschlachten unter dem Banner eines gleichen Programms, das in den sogenannten „Allgemeinen Richtlinien" aufgestellt ist.

Nachdem die Nationalsozialisten und Deutschvölkischen in den Reichstag und in die Einzellandtage eingerückt sind, haben sie die Tonart ihrer Angriffe gemildert und ihrer terroristischen Draufgängertaktik manche Spitze abgebrochen. Und daher ist dann in politischen Kreisen die Frage aufgeworfen worden: Wollen die Nationalsozialisten ernsthaft den Putschismus abschwören? Das ist eine Frage, die nicht unwesentlich für die Gestaltung der äußeren Form des politischen Kampfes in Deutschland sein wird. Diese Frage beantwortete Dinter nach den Wahlen so:

> „Darüber aber sind sich alle Führer der beiden vereinigten Parteien (Völkische und Nationalsozialisten) klar, daß — nachdem der Versuch, das völkische Großdeutschland im Verein mit den legalen Staatsgewalten Bayerns in einer einzigen Nacht aufzurichten, gescheitert ist —, daß nunmehr die Zeit für eine gewaltsame Verwirklichung der völkischen Großziele ein für allemal vorbei ist. Die ungeheure Energie der bayerischen Nationalsozialisten wird sich nunmehr in rein geistige streng legale Kräfte umsetzen, ohne daß sie deswegen auch nur im geringsten den praktischen Wehrgedanken aufgeben wird; sie wird nach wie vor der Träger der Wiederbelebung deutscher Wehrhaftigkeit sein und bleiben. Auch die bayerischen Nationalsozialisten werden nunmehr in die Parlamente einziehen. Diese Tatsache im Verein mit der Tatsache, daß nunmehr auch die Deutschnationale Volkspartei sich rein völkisch

einzustellen beginnt, eröffnet ganz neue Aussichten zur Verwirklichung der deutschvölkischen Großziele.

Mit Recht knüpft der „Vorwärts" an diese Ausführungen Dinters die Bemerkung: Es wäre sehr unvorsichtig, an die Bekehrung der Völkischen zur Legalität, das heißt zur Verfassungs- und Gesetzestreue zu glauben.

Mit dem Augenblick nämlich, wo sich der Nationalsozialismus als gesetzlich-kämpfende Partei dem Staatsorganismus einordnen würde, müßte sofort seine Anziehungskraft für die zahlreichen abenteuerlichen Elemente schwinden, die ganz von den lodernden Flammen der Revolutions- und Räuberromantik der Hitler und Esser ergriffen sind. Der Nationalsozialismus ist tot, sobald er seinen Terrorismus und seinen Putschismus aufgibt. Und wir machen ihn mausetot, wenn wir seine Anhängerschaft davon überzeugen, daß der ganze Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer Auswucherung und Ausbeutung der Massen nicht durch plumpe diktatorische Gewalttaten vernichtet werden kann, sondern daß er nur durch eine organisierte Umgestaltung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse und durch die selbsttätige, organisierende demokratische Verwaltungsarbeit der geistig und körperlich Schaffenden beseitigt werden kann.

Finanzielle Nährväter des Nationalsozialismus.

Nach dem Kapp-Putsch im März 1920 begann der Nationalsozialismus mit einer fieberhaft gesteigerten antisemitischen Propaganda in der breiten Oeffentlichkeit zu lärmen. Die Anschlagsäulen Münchens bedeckten sich mit meterlangen schreiend roten Plakaten, die in zügelloser, aufreizender Sprache die Demokratie und den Sozialismus anpöbelten. Schon damals fragten sich nachdenkliche Politiker: woher nimmt die junge Partei mit ihrer verschwindend kleinen Anhängerschaft zahlender „Arbeiter" die Mittel für die sehr bedeutenden nationalsozialistischen Propagandakosten? Und diese Kosten steigerten sich

von Monat zu Monat. Hitler organisierte seine Stoßtrupps, die nach außen hin den Eindruck erwecken sollten, als beherrschten sie völlig die Straße. Lastautos, dicht mit Hitlerschen Stoßtrupps besetzt, fuhren in Oberbayern umher und maßten sich zum Teil die Funktionen der Polizei an.

In der nationalsozialistischen Partei gibt es sicher opferbereite Idealisten, die für ihre Parteiziele ihr Leben in die Schanze schlagen; aber in der Leitung sitzen neben hirnlosen Fanatikern sehr kühle Rechner, die skrupellos über Gut und Blut anderer verfügen.

Herr Hitler zählt sicher zu den fanatischen Windmühlenkämpfern à la Don Quixote, aber er hat doch stets mit allen — aber auch mit allen Mitteln gearbeitet, um den Kriegsschatz seiner Partei zu füllen. In der spanischen Tageszeitung „ABC." hat am 6. April 1923 ein Interviewer prächtig den stets nach Geld schreienden Hitler gezeichnet. In der Münchener Wohnung des ehemaligen Admirals Vollerthum gebärdete er sich, als wenn er direkt von dem Problem besessen wäre, Geld, Geld und abermals Geld zusammenzubringen. Der spanische Interviewer Antonio Azpeitua schreibt:

„Er beklagt sich über eine gewisse Verzögerung der Summen, die man ihm zur Rekrutierung und Bestreitung der Bedürfnisse seiner Leute versprochen hat. „So kann es nicht weitergehen," ruft er gebieterisch und drohend aus, „die Zeit verstreicht, die Ereignisse überstürzen sich. Ich brauche Geld, Geld, viel Geld ... und wenn nicht..." Der Admiral versucht Hitlers Ungeduld zu beschwichtigen: „Gewiß, Sie werden alles Geld erhalten, das Sie benötigen. Die Herren werden begreifen, daß es dringend ist..."

Der Admiral Vollerthum, der als Redakteur der schwerindustriellen „Münchener Neuesten Nachrichten" die herzlichen Sympathien seiner Brotgeber für die Hitler-Bewegung gut kennt, weiß genau, was er dem ewig Geldhungrigen versprechen darf. Die Verbindung Hitlers mit Vollerthum spricht Bände! Herr Dietrich Eckardt, der Redakteur des „Völkischen Beobachters", hat der Schwerindustrie einmal eine nationalsozialistische Denkschrift vorgelegt, um die Mittel für ein täglich erscheinendes nationalsozialistisches Blatt zusammenzuschnorren.

Das Blatt sollte sich vom Gassenton des Radauantisemitismus fernhalten. In seiner Denkschrift spielt Herr Eckardt auf seine persönlichen Opfer für die Bewegung an und bemerkt dabei: „So schulde ich z. B. dem Oberst von Epp allein 60 000 Mk., die er mir vor etlichen Monaten zur Vermeidung des sonst unausbleiblichen Zusammenbruchs unseres „Völkischen Beobachters“ unbesehen geliehen hat. Dazu kommt noch meine persönliche Haftung für 50 000 Mk. Druckschulden. So geht es aber nicht mehr weiter. Ohne nachhaltige Hilfe größeren Stils muß ich mich vom Zeitungswesen zurückziehen . . .“

Die Nationalsozialisten setzten ihren Sturm auf die Taschen der Bourgeoisie mit leidenschaftlichem Eifer fort. So sandte die Ortsgruppe Augsburg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nachstehenden Bettelbrief an Industrielle und Geschäftsleute Augsburgs:

Augsburg, den 17. Januar 1923.

Hochwohlgeboren!

Wie Ihnen aus der Tagespresse den zahlreichen Versammlungen und der sonst sehr rührigen Arbeit der hiesigen Ortsgruppe der über das ganze Deutsche Sprachgebiet verbreiteten nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bekannt ist, verfolgt dieselbe die nationale Erziehung, Vertiefung dieses Gedankens und Zusammenfassung aller deutsch und völkisch denkenden Elemente unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterschaft. Besonders hat sich die Partei in Hinblick auf die grenzenlose Verhetzung der Arbeiterschaft durch den Marxismus und seine Anhängsel und die dadurch nicht zuletzt z. Zt. geschaffte Lage die rücksichtslose Bekämpfung des Marxismus auf ihre Fahnen geschrieben. Vor allem ist es nötig, zur Lösung der Pressefrage, die Erfolg verheißend im Rollen ist, Mittel zu gewinnen.

Die Erteilung von Auskünften usw. machen die Errichtung einer Geschäftsstelle erforderlich usw.

Alles dieses erfordert Mittel!

Wie überall so auch in hiesiger Stadt und in Kreisen machtvoll aufschiesssende Partei hat wohl Mitglieder von Opferwilligkeit aber die z. Zt. herrschende Entwertung der Geldmittel, legt der Partei nahe, zu ihnen mit heißer Begeisterung verfolgten Zielen die Mithilfe Wohlgesinnter zu erbitten.

In der Erwegung und Annahme dessen, daß gemäß ihren Zielen die Partei in Euer Hochwohlgeboren einen Förderer erblicken darf, wird Bevollmächtigter unserer Partei der Herr Architekt Thurn demnächst bei Ihnen vorsprechen und Sie bitten, durch

Zeichnung eines Beitrages zur Erringung unserer Ziele, unsere Kraft fördern zu helfen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Augsburg.

Die Vorstandschaft: gez. Schröffer, 1. Vorsitzende.
Postscheckkonto München 51,351.

In der Oeffentlichkeit nannte man den Bayerischen Industriellenverband als finanziellen Förderer und Freund des Nationalsozialismus. Herr Kuhlo, der Geschäftsführer dieses Verbandes, gefiel sich in der Rolle des sittlich Entrüsteten und sprach von Lüge und Verleumdung. Darauf richtete im Dezember 1922 die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz" diese recht verfänglichen Fragen an Herrn Kuhlo:

„Hält er den Vorwurf der Lüge und Verleumdung auch aufrecht, wenn die Beziehungen zwischen Industriellenverband und Nationalsozialismus näher dahin umschrieben werden, daß wohl der Verband als solcher nichts mit den Nationalsozialisten zu tun hat, daß aber zwischen sehr prominenten, sehr einflußreichen und ihm sehr gut bekannten Mitgliedern des Industriellenverbandes und sehr freigebigen und großzügigen Geldgebern des Herrn Hitler Personalunion besteht?

Bestreitet er, daß er als der maßgebende Mann des Industriellenverbandes und ein ihm auch verwandtschaftlich sehr nahestehender Herr zu diesen Geldgebern gehören, oder versucht er eine Ableugnung damit zu begründen, daß vielleicht die Gelder nicht unmittelbar an die Hitlergarde, sondern durch andere Organisationen, über die Näheres mitzuteilen heute nicht Zeit und Stunde ist, zugeleitet würden?

Bestreitet Dr. Kuhlo, mit Hitler persönlich verhandelt zu haben, als dem erkorenen Führer einer faschistischen Schutztruppe gewisser Unternehmerkreise, denen die Angst vor dem Marxismus die ruhige Ueberlegung geraubt hat?"

Die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz" fügte hinzu:

„Auf alle diese Fragen erbitten wir präzise Antwort. Dr. Kuhlo wird im eigenen Interesse und im Interesse des von ihm vertretenen Verbandes nicht umhin können, sie mit aller Eindeutigkeit und Klarheit zu geben. Ein Sichverstecken hinter dem Industriellenverband als solchen, von dem wir wissen, daß er durchaus nicht in seiner Gesamtheit mit den Ideen und Plänen des Herrn Dr. Kuhlo identifiziert sein will, nützt nichts. Hier muß Dr. Kuhlo selbst Farbe bekennen."

Herr Kuhlo hat auf diese präzisen Fragen keine präzisen Antworten gegeben.

Die Nationalsozialistische Partei verfügte immer über sehr erhebliche Summen. Deshalb richtete das „Berliner Tageblatt“ an die Nationalsozialisten die Frage, ob es richtig sei, daß die Partei bei der Deutschen-Bank-Filiale in München Frankensummen ausbezahlt bekommen habe, deren deutscher Gegenwert 30—40 Millionen Mark beträgt. Die Geldmittel der Nationalsozialisten mochten wohl oft aus recht trüben Quellen fließen. So wurde Anfang Februar 1923 der Nationalsozialist und Sturmtruppführer Hitlers, Luedecke, unter dem Verdacht des Landesverrats verhaftet. Der Mann hatte wegen der überreichlichen Geldmittel, die ihm zur Verfügung standen, ein besonderes Gewicht in den Kreisen der Münchener Hakenkreuzler. Nach seiner eigenen Angabe hat er an die Kasse der Nationalsozialisten sehr große Geldbeträge abgeführt, außerdem auf eigene Kosten eine Sturmabteilung der Hitlergarde selbst ausgerüstet und eingekleidet, und, auf seine gefüllte Brieftasche gestützt, wurde die nationalsozialistische Sturmarmee im Dezember mit Ausrüstungsgegenständen und Bekleidungsstücken in sehr großer Menge versorgt. Er hatte ferner bedeutende Geldbeträge zur Verteilung bereitgestellt und hohe Zechen, die in Schlemmerlokalen gemacht wurden, bezahlt. Die Autos, deren sich die Hakenkreuzler bei ihrer Propagandatätigkeit bedienten, wurden vielfach aus Luedeckes Tasche bezahlt. Kurzum, der Mann hatte der Hitlerbewegung in München ungemein hohe Geldbeträge zur Verfügung gestellt. Die „München-Augsburger Abendzeitung“ mußte aus Anlaß der Verhaftung dieses „Ehrenmannes“ feststellen, daß man bei ihm große Beträge in französischen Franken und Dollars vorfand.

Daß die Nationalsozialisten mit Unternehmergeldern bezahlt wurden, um die „marxistische Arbeiterbewegung“ und die Republik niederzuknüppeln, das beweist die Zeugenaussage eines Nürnberger Landgerichtsrats im Hitler-Prozeß. Dieser Herr gab die Tatsache bekannt, daß zur Bestreitung der Unkosten für militärische Maßnahmen gegen Berlin die Industrie Nürnbergs um Geld ange-

gangen sei und daß 20 000 Dollar zusammengekommen seien.

Uebrigens sprach die Schwerindustrie auch in den Wahlzeiten ihre herzliche Neigung zu der nationalsozialistischen deutschvölkischen Bewegung aus, und die Sympathien der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" für die deutschvölkische Bewegung brachen so unmittelbar hervor, daß man den starken Zug des Herzens der Schwerindustrie zu dieser Bewegung wirklich nicht mehr verkennen kann. Am 2. April 1924 brachte der „Vorwärts" folgendes Zitat aus der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung":

> „Die letzten Wahlen haben bereits erwiesen, daß insbesondere in der Arbeiterschaft der Zug zum völkischen Gedanken stets stärker sich bemerkbar macht; schon um deswillen ist die Bewegung von größter Bedeutung — baut sie doch für die bisher in sozialistischem und kommunistischem Phrasennebel Befangenen neue Brücken zum Gemeinschaftsgedanken, der nicht wie etwa der Stresemannsche ein breites Ineinanderfließen aller Gesinnungselemente in einem Riesenkompromiß ist, sondern der bewußte Anschluß an die deutsche Schicksalsgemeinschaft ohne Aufgabe des eigenen Selbst."

Während des Wahlkampfes behauptete die „Münchener Post", der Bayerische Industriellenverband habe der „Völkischen Großdeutschen Arbeitsgemeinschaft" unter der Bedingung 100 000 Goldmark angeboten, daß sie dem Verband von den zu erwartenden Mandaten zwei Sitze überläßt. Nach langem Schweigen muß der Verband zugeben, daß die bayerische Industrie ihr nahestehende Parteien im Wahlkampf mit Geldmitteln unterstützt. („Vorwärts".)

Schöne fette Geldsummen flossen den Nationalsozialisten und Deutschvölkischen Freiheitsparteilern von der Schwerindustrie zu. Am 14. September 1923 fragte der Deutschsoziale Richard Kunze in einem Briefe an einen Parteifreund:

> „Wo haben diese Leute die vielen Gelder her, die jetzt solche Reisen verschlingen? Diese Gelder stammen von denselben kapitalistischen Kreisen, die es verhindert haben, daß nur eine einzige große völkische Partei mit unserem Programm gebildet wurde. ... Ich ersuche daher auf das dringendste, diese Bestrebungen von vornherein als einen Betrug an dem deutschen arbeitenden Volke zu entlarven und jede Verbindung mit diesen Leuten zu vermeiden. . . ."

Diese Frage galt in erster Linie den Deutschvölkischen Freiheitsparteilern. Als nun die nationalsozialistische Münchener „Großdeutsche Zeitung“ einging, beschuldigte das Kunze-Blatt, „Die Neue Zeitung“, am 27. Mai 1924 die mecklenburgischen und pommerschen Rittergutsbesitzer, „die man wohl als Aushälter der Freiheitspartei bezeichnen darf“, sie hätten „kein Geld mehr für das unter dem Haupteinfluß der Bayern stehende Blatt übrig“. Die Kunze-Zeitung knüpfte an diese Feststellung die Erwartung:

> So ist die „Großdeutsche Zeitung“ ein Opfer dieser unglückseligen Mischehe geworden. Hoffentlich ziehen die ehrlichen bayerischen Nationalsozialisten recht bald die erforderlichen Folgerungen aus dem Vorfall und machen sich wieder frei von der Geldmacht des weißen Judentums.“

Ueberschauen wir nochmals die Tatsachen, die aufklärendes Licht über die Herkunft der Geldmittel der Nationalsozialisten und deutschvölkischen Freiheitsparteiler verbreiten, so drängt sich uns von selbst der Schluß auf: Die Großkapitalisten und Großagrarier haben beide deutschvölkische Organisationen mit reichen Zuwendungen bedacht, um mit den nationalsozialistischen und freiheitsparteilichen Organisationen die Machtstellung der sozialdemokratischen Arbeiterklasse erschüttern und die deutsche Demokratie niederwerfen zu können.

Nationalsozialismus und Separatismus.

Die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ überbietet sich stets in den lärmendsten nationalistischen Kraftphrasen, wenn sie ihre Mannen gegen den internationalen, „undeutschen Marxismus“ aufwiegelt. Der „Marxismus“ hat schon in den Zeiten, wo die Väter und Großväter unserer nationalsozialistischen Schreier kaum geboren waren, mit größter Zielklarheit und stärkster Leidenschaft für ein freies und einiges Groß-Deutschland gestritten. Die deutsche Einheit war 1848 für Marx eine wirtschaftliche Lebensnotwendigkeit und eine unumgängliche Vorbedingung für die Gestaltung Deutschlands zu einem modernen sozialen

Staatswesen. „Selbst nur vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet," so betonte Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung", „ist die widerspruchslose Einheit Deutschlands die erste Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erretten und den Nationalreichtum zu erschaffen. Und wie nur gar die modernen sozialen Fragen lösen auf einem in 39 Ländchen zersplitterten Terrain."

Als im Jahre 1859 durch die italienische Frage die deutsche Einheitsbewegung wieder in Fluß kam, ermunterte Karl Marx seinen Freund und Mitstreiter Friedrich Engels durch eine aktuelle politische Broschüre in den Kampf der Geister einzugreifen. Engels schrieb darauf seine bekannte Schrift: Po und Rhein. Er forderte in dieser Arbeit, daß endlich den lebensfähigen europäischen Nationen ihre wirklichen natürlichen Grenzen gegeben würden, die durch Sprachen und Sympathien bestimmt werden. Zu diesem Zwecke wäre wohl eine Revidierung der Karte von Europa erforderlich.

„Soll aber," so fuhr er wörtlich fort, „die Karte von Europa revidiert werden, so haben wir Deutsche das Recht, zu fordern, daß es gründlich und unparteiisch geschehe, und daß man nicht, wie es beliebte Mode ist, verlange, Deutschland allein solle Opfer bringen, während alle anderen Nationen von ihnen Vorteil haben, ohne das geringste aufzugeben. Wir können manches entbehren, das an den Grenzen unseres Gebietes herumhängt und uns in Dinge verwickelt, in die wir uns besser nicht so direkt einmischten. Aber gerade so geht es anderen auch; mögen sie uns das Beispiel der Uneigennützigkeit geben oder schweigen. Das Endresultat aber dieser ganzen Untersuchung ist, daß wir Deutsche einen ganz ausgezeichneten Handel machen würden, wenn wir den Po, den Mincio, die Etsch und den ganzen italienischen Plunder vertauschen könnten gegen die Einheit, die uns vor einer Wiederholung von Warschau und Bronnzell schützt, und die allein uns nach innen und außen stark machen kann."

Ein Jahr später wandte sich Engels in seiner Schrift: Savoyen, Nizza und der Rhein" in schärfster Form gegen das russisch-bonapartistische Komplott, das tückische Anschläge gegen die werdende Einheit Deutschlands und gewaltsame Annexionen deutschen Gebietes vorbereitete.

Selbst in dem Kriegsjahr 1870, als sich eine kleindeutsche Lösung der deutschen Frage anbahnte, sah Engels in dieser Lösung eine historischen Fortschritt. Die deutschen Arbeiter können sich nach seiner Ansicht nun „auf ganz anderem natio-

nalen Maßstabe als bisher organisieren, und die französischen, was auch für eine Regierung folgen mag, werden sicher ein freieres Feld haben als unter dem Bonapartismus. Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen hat eingesehen, daß es sich um die nationale Existenz in erster Linie handelt und ist darum sofort eingesprungen." Die deutsche Frage erhält nach Engels durch den Eintritt Süddeutschlands ein anderes Gesicht. „Die Süddeutschen treten jetzt notwendig in den Reichstag ein und damit erwächst dem Preußentum ein Gegengewicht."

Später hat Engels mit leidenschaftlicher Wucht die französisch-russische Allianz berannt, die er als eine große Gefahr für den Frieden Europas betrachtete.

Es ist eine mit Händen greifbare Lüge, daß der „Marxismus" eine undeutsche Bewegung ist — eine Lüge, die selbst noch angesichts der separatistischen Bestrebungen führender Köpfe der Bayerischen Volkspartei von den Nationalsozialisten in die Welt geschleudert wird. Die Nationalsozialistische Partei ist einige Jahre gerade von leitender Stelle, von dem ehemaligen weißblauen Ministerpräsidenten Kahr unterstützt worden, weil sie die deutsche Reichsverfassung und die deutsche Demokratie mit Straßenschmutz bewarf und systematisch untergrub.

Diese Begünstigung der Nationalsozialistischen Partei durch die Regierung Kahr ist einwandfrei aus den Zeugenaussagen der Herren Pöhner und Frick im Hitler-Prozeß festgestellt worden. Auch Herr Dr. Heim, der mächtigste Mann Bayerns, der sicher als politischer Kopf den staatsgefährlichen Charakter der nationalsozialistischen Bewegung durchschaute und gegen diese auch einige Male in seiner bekannten Weise lospolterte, hat seinen großen politischen Einfluß nicht dazu verwendet, um wenigstens die „Sturmtrupps" Hitlers aufzulösen. Sicher hat Heim niemals öffentlich die Parole der Auflösung der Hitlerschen Prätorianer erhoben, und seine Partei lehnte die Anträge der Sozialdemokratie im Bayerischen Landtage ab, die ernstlich der Hitlergarde zu Leibe gehen wollten.

Warum hat Dr. Heim nicht die vollständige Abrüstung der Hitlerschen Sturmtrupps durch seine Gefolgsleute im Baye-

rischen Landtag gefordert? Nun, weil ihm diese Trupps in seinem separatistischen Feldzuge gegen das Reich zeitweilig willkommen waren — vor allem in der Einwohnerwehrfrage.

Die nationalsozialistischen Führer haben ihrerseits lange, sehr lange mit ihren Angriffen gegen den Separatismus Heims geschwiegen, obwohl ihnen durch die Veröffentlichungen deutscher Zeitungen, durch Reden im Reichstag und im Bayerischen Landtage die Machenschaften Heims wohl bekannt waren. Wenn die Begeisterung der Nationalsozialisten für ein einiges Deutschland wirklich echt war, dann mußten sie mindestens seit Spätherbst 1921 im heftigen Kampfe gegen die separatistischen Bestrebungen der Heim und Kahr stehen! Denn zu diesem Zeitpunkte waren längst die Verbindungen Heims mit dem Grafen Bothmer, mit Dorten, mit verschiedenen Separatisten des Rheinlandes und mit dem Fürsten Isenburg bekanntgeworden. Für die Beurteilung der „patriotisch-deutschen" Haltung der Nationalsozialisten müssen die Tatsachen hier hervorgehoben werden, die den Führern der Natiosozialistischen Partei über die separatistischen Bestrebungen Heims geläufig sein mußten.

Herr Dr. Heim befürwortete bereits am 1. Dezember 1918 im „Bayerischen Kurier" eine Neugliederung Deutschlands, eine Abtrennung vom ostelbischen Preußen, von Sachsen und Mitteldeutschland und einen Zusammenschluß des alten deutschen Rheinlandes, Hannovers, Westdeutschlands bis zur Elbe mit Süddeutschland und Oesterreich. Er riet zur Abschnürung Bayerns von Berlin und dem norddeutschen Industriegebiet, von diesem dem Bolschewismus verfallenen „Eiterherd", von der Abkapselung Süd- und Westdeutschlands. „Bei einer derartigen Neugruppierung Deutschlands," hob er hervor, „wird die Entente einer Angliederung der Deutschen Oesterreichs keine Schwierigkeiten entgegensetzen, und ich halte diesen Neuanschluß der Deutschen Oesterreichs an Bayern besonders im bayerischen Interesse gelegen. Es ist die Rettung und Zukunft Bayerns, die einzige Möglichkeit für ein Wiederaufblühen des Wirtschaftslebens in Bayern, die einzige Rettung vor einer Verarmung Bayerns."

Zu Beginn des Jahres 1920 drangen schon Berichte über

das Techtelmechtel Heims mit militaristisch gesinnten einflußreichen Franzosen in die deutschen parlamentarischen Kreise ein, und um Mitte Januar 1920 hielt im Deutschen Reichstag Dr. Wirth, damals Führer der badischen Zentrumspartei, Herrn Dr. Heim vor, daß er auf dem Münchener Zentrumsparteitag für Bayern das Recht auf eine Volksabstimmung über die Reichsverfassung beansprucht und gegen den Willen der Reichsregierung mit den Franzosen verhandelt habe. Am 3. Februar umschmeichelte Dr. Heim in der Münchener Generalversammlung des christlichen Bauernvereins in sehr bezeichnender Weise die Franzosen und bot ihnen „unsere Hilfe“ im Kampfe gegen das bolschewistische Rußland an. Er machte Frankreich förmlich scharf gegen die deutsche Republik. Die übertriebene zentralistische Politik des Reichs, so betonte er, reize Frankreich auf, das in einer Vereinigung aller Macht in Berlin eine Gefahr für die Zukunft erblicke. Der Zentralismus sei um so gefährlicher, weil er ein sozialistischer sei. Im Februar 1920 trug der Kapp-Putschist Hauptmann Berthold dem Dr. Heim in Regensburg die Uebernahme der Regierung an. Heim hielt nach den Aufzeichnungen des Berthold eine Verständigung mit Frankreich für möglich. Zwei Tage vorher war schon ein Vertrauter Heims, der Regierungsrat Ankenbrand in Würzburg, in einer Unterredung mit Berthold für eine Loslösung Süddeutschlands von Norddeutschland eingetreten. Ankenbrand befürwortete die Bildung eines norddeutschen und eines süddeutschen Blocks, zwischen denen eventuell sogar eine Zollgrenze bestehen könnte.

Am 14. März 1920 erzeugte der Berliner Kapp-Putsch in München eine förmliche Revolte der Reichswehr, der Zeitfreiwilligen und der höheren Bureaukratie gegen die Regierung Hoffmann. Der General v. Möhl erklärte, nicht mehr die Sicherheit der Regierung verbürgen zu können. Die Sozialisten in der Regierung traten zurück und Dr. Heim beförderte seinen Günstling Kahr auf den Ministerpräsidentensessel und diktierte ihm förmlich sein Programm. Kahr trieb infolgedessen seine berüchtigte „Riß“-Politik. Bayern schuf sich als Stütze seiner weißblauen Politik eine starkmilitaristische Einwohnerwehr, und Herr v. Kahr drohte mit der förmlichen Trennung vom Reich, mit dem „Riß“, wenn

„Berlin" auf die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr bestehen sollte. Die Riß-Rede Kahrs, von ihm nachher feierlich dementiert, wurde von München in das In- und Ausland telegraphiert. Die telegraphischen Redewendungen stimmten inhaltlich mit den Aufzeichnungen überein, die der „Münchener Post" von Einwohnerwehrleuten über die Riß-Aeußerungen Kahrs zugingen. Diese Veröffentlichungen der „Münchener Post" machten einen sehr peinlichen Eindruck auf die Herren des bayerischen Ministeriums, und ein „Büchsenspanner" Kahrs erkundigte sich nach diesen Aufzeichnungen in der Redaktion der „Münchener Post".

Zugleich verwandten sich Heim und Bothmer bei einflußreichen Militär- und Zivilpersonen Frankreichs für die Erhaltung der Einwohnerwehr. Graf Bothmer rückte zum förmlichen Adjutanten Dr. Heims auf. Im April wurden sehr viele verbindende Fäden zwischen dem militaristischen Frankreich und dem „Riß"-Bayern Kahr-Heims gesponnen.

Der „Königsbote" Bothmers war besonders über die „Riß"-Rede des Herrn v. Kahr beglückt. Er meldete triumphierend, Dr. Heim habe auch die Meinung, daß es unter Umständen notwendig werden würde, daß der Süden sich auf eine Zeit von dem bolschewistischen Norden abkapseln müsse.

Dr. Heim hetzte am 18. Mai 1920 in geradezu unverantwortlicher Weise in der Buchloer Generalversammlung des christlichen Bauernvereins gegen die Berliner Regierung. „Und wenn in Berlin," so polterte er, „erst der Saustall losgeht, werden wir in Bayern uns trennen und sorgen, daß das Haus bei uns sauber bleibt, und so lange warten, bis die „oben" wieder vernünftig werden. Dann werden wir unsere bayerische Selbständigkeit zurückerobern."

In den schwärzesten Farben malte Heim nun die bolschewistische Gefahr in Deutschland. Norddeutschland wurde von ihm als völlig dem Bolschewismus verfallen dargestellt. Auf dem Parteitage der Bayerischen Volkspartei, der kurz nach dem Wahlsieg dieser Partei 1920 zusammentrat, wetterte Heim leidenschaftlich gegen den Ballonmützen-Zentralismus, den Deutschland zurzeit besäße und der sich als eine Gefahr nach innen und außen erweise. Hier sprach Heim

nach Paris hinüber. Französische Generale rechneten im Sommer 1920 auf bayerische Hilfe bei dem als nahe bevorstehenden Kriege mit Sowjetrußland. Um diese Zeit äußerte ein französischer Generalmajor auf der Fahrt von Mainz nach Wiesbaden: „Bei der kommenden Auseinandersetzung zwischen uns und dem Bolschewismus mag Deutschland neutral sein wollen, Bayern nicht, es ist ganz westlich orientiert."

Anfang Juni 1920 hatte Dr. Heim eine wichtige Besprechung mit einer von oberster französischer Seite bevollmächtigten Person. Es waren Unterhandlungen, nicht bloß Unterhaltungen, denn Heim galt als Leiter der auswärtigen Politik Bayerns, und sein zeitweiliger Adjutant Bothmer beeiferte sich, den Franzosen die Meinung beizubringen, daß Heim in der Tat der eigentlich regierende Mann in Bayern sei. Immer schärfte Bothmer dem Dr. Heim ein, man müsse sich unter Vermeidung des gewöhnlichen Instanzenweges mit den führenden Männern Frankreichs direkt verständigen; denn am Quai d'Orsay sei man ebenso verknöchert wie in der Wilhelmstraße.

In den Unterhandlungen Heims mit Frankreich dürften der „preußisch-deutsche Zentralismus", die Notwendigkeit einer föderalistischen Gliederung Deutschlands und die „bolschewistische Gefahr" eine besonders bedeutsame Rolle gespielt haben. Der reichszerstörende „Föderalismus", der die Wiedererweckung des alten Bundesstaates, das Recht der Einzelstaaten, ihre Staatsform selbst zu bestimmen, eigene auswärtige Politik zu treiben und über eigene Militärkontingente zu verfügen, anstrebte, wurde in das Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei aufgenommen (18. September 1920). Vergeblich waren die Anstrengungen des Abg. Linus Funke in Bamberg, die Beratung dieses Programms zu verschieben, nachdem der Abg. Dr. Heim, wie der bayerische Volksparteiler Karl Schirmer in seiner Schrift: „Süd und Nord" schreibt, „geheimnisvolle Andeutungen" über allenfallsige „außenpolitische Wirkungen" gemacht hatte, wenn „die Sache von der Hand gewiesen würde". Und Schirmer setzt hinzu — und damit beleuchtet er die ganze hinterhältige bayerisch-

französische Politik Heims: „Abg. Dr. Heim hat in der Rolle des Außenministers da und dort mit Franzosen verhandelt, und ist wohl des Glaubens geworden, daß ein Eingehen auf deren Wünsche auf ein föderalistisch gegliedertes Deutschland, den feindlichen Druck erleichtern werde."

Nach diesen Verhandlungen Heims mußten die Franzosen den bayerischen „Außenminister" Heim als ihren Doppelverbündeten gegen das zentralistische rote Preußen und das noch rotere Rußland ansehen. In der Tat erwarteten Frankreichs Militärs zunächst eine tatkräftige Unterstützung von dem Bayern Heim-Kahrs gegen Sowjetrußland. Am 4. August 1920 berichtete die gut informierte „München-Augsburger Abendzeitung" über französische Durchmarschpläne durch Bayern. In einem Bericht hieß es: „Der Generalissimus rechnet mit Bayerns wohlwollender Haltung im Falle des fertig geplanten Durchzugs durch Deutschland nach Polen."

In diesen Tagen drohender Zerstückelung Deutschlands schrieb Herr Massingham in der englischen Zeitschrift „Nation" von einem auf „die Trennung zwischen Bayern und Preußen" gerichteten Ziele Frankreichs. Die pazifistischen Propagandisten E. D. Morel und A. Ponsonby verfaßten einen Appell an die englische Arbeiterschaft, in dem sie vor den „Tausenden von französischen Agenten" warnten, die „überall im Rheingebiet und in Bayern separatistische Bewegungen schürten".

Diese Tatsachen mußten Herrn Hitler sehr wohl bekannt sein, denn er war ein eifriger Leser der „Münchener Post" und führender deutscher und bayerischer Blätter. Er mußte stutzig werden, daß seinerzeit Herr Dr. Heim sehr demonstrativ von Dorten und Bothmer abrückte. Der letztere Herr war allerdings ein wenig schweigsamer Vermittler, und so sind denn durch diesen Herrn auch die hauptsächlichsten Daten über den Verkehr Heims mit den rheinländischen Separatisten und mit dem Quai d'Orsay (dem auswärtigen Amte in Paris) verbreitet worden.

Nachdem das Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei veröffentlicht worden war, organisierte Herr Hitler keineswegs eine geschlossene nationale Opposition gegen die das Gefüge des Reichs ausein-

andertreibenden Tendenzen dieses Programms. Man überließ es von „nationaler“ Seite vor allem dem Grafen Posadowsky, gegen dieses Programm entschieden Front zu machen. Keine schreienden roten Plakate an den Anschlagsäulen Münchens verkündeten die Kampfansage Hitlers gegen die Partikularisten und Separatisten der Heimschen Gefolgschaft.

Herr Hitler saß noch mitten im Kreise der weißblauen Herrschaften, nachdem alle ihre Anschläge gegen das Reich ruchbar geworden waren.

Erst als das Ausland das Schweigen brach und die Intrigen Heims gegen das Reich enthüllte, lösten sich die Nationalsozialisten langsam aus der weißblauen separatistischen Umklammerung.

Im Frühjahr 1923 gab nämlich Herr Ray Staunard Baker, der bei den Versailler Verhandlungen Wilsons Pressechef war, ein Buch heraus, das sich auf amtliche amerikanische Quellen stützte.

In diesem Buche Bakers wird die Behauptung aufgestellt, daß in jener trüben Zeit zwischen Waffenstillstand und Friedensschluß Dr. Heim den französischen Reichszerstörern bereitwillig die Hand hinstreckte zur hochverräterischen Zerstückelung Deutschlands. Baker selbst nennt in seinem Buche das Vorgehen Heims eine Intrige und erzählt, daß Marschall Foch am 19. Mai 1919 dem Obersten Rat Bericht darüber erstattete, daß Dr. Heim aus Bayern ein Ersuchen an einen französischen General gerichtet habe, mit französischen Vertretern über eine separatistische Bewegung zu sprechen. Von Baker wird gerügt, daß Foch, noch ehe der Oberste Rat durch einen Beschluß zu dem Schritt Dr. Heims Stellung genommen hatte, bereits auf eigene Verantwortung den General Desticker nach Luxemburg zu Verhandlungen mit den „Möchtegern-Revolutionären“ entsandt hatte. Tatsächlich fand diese Aussprache zwischen dem französischen General und Dr. Heim bereits am selben Tage statt, an dem Foch die Angelegenheit im Obersten Rat zur Sprache gebracht hatte. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde dann am 23. Mai 1919 dem

Obersten Rat zur Kenntnis unterbreitet. Nach dem Bericht Bakers hatte Dr. Heim in seinem fanatischen Preußenhaß den Vorschlag gemacht, die größeren Staaten des Reiches von Preußen zu trennen und als Gegengewicht einen neuen Bund mit Einschluß Deutschösterreichs und unter dem wirtschaftlichen Protektorat der Entente zu bilden. Dieser Bund sollte unter einem wirtschaftlichen Protektorat der Entente stehen. Um diesen antipreußischen Köder den Franzosen noch schmackhafter zu machen, hat Dr. Heim hervorgehoben, daß ein solch katholisch-konservativer Staatenblock eine wirkungsvollere Barriere gegen den russischen Bolschewismus darstelle, als ein „preußifiziertes Deutschland" sie je errichten könnte. Der Pakt scheiterte an der Haltung Frankreichs, das unter keinen Umständen die Einbeziehung Oesterreichs in diesen süddeutschen Staatenbund unter Führung Bayerns gestatten wollte. „Frankreichs Abneigung, auf irgend etwas in dieser Richtung zu verzichten, war das hauptsächlichste Hindernis einer wirklichen Ermutigung separatistischer Bewegungen," schreibt Baker wörtlich.

Die Tatsachen, die Bakers gegen Heim und seinen Anhang vorbrachte, wurden weiter im Anfang Dezember 1923 (siehe den „Vorwärts" vom 8. Dezember, Morgenblatt) durch einen Artikel von G. Vial-Mazel in der Pariser „Ere Nouvelle" bestätigt und erweitert, der unter dem Titel: „Verbrecherische Gemeinschaft" die Beziehungen französischer offizieller und offiziöser Personen mit bayerischen Reaktionären beleuchtete. Vial-Mazel schrieb unter anderem:

> „Da zu wiederholten Malen und am vergangenen Freitag noch Cachin in seiner Zeitung, der „Humanité", sich in seinen Anschuldigungen auf uns berief, ist es nötig, daß wir diesen besonders delikaten Punkt der Politik des Bloc National in Deutschland genau klarstellen.
>
> Wir zweifeln nicht daran, daß Herr Poincaré persönlich im guten Glauben handelt, wenn er jede Zusammenarbeit mit den deutschen Reaktionären als nicht bestehend erklärt. Es ist aber unwiderlegbar, daß die Dienstzweige des Quai d'Orsay auf Veranlassung von Persönlichkeiten hin, die der Regierung selbst fernstehen, zu mehreren Malen einwilligten, mit den deutschen Reaktionären in Verbindung zu treten."

Herr Vial-Mazel ließ dann folgende 8 Anklagepunkte gegen diese Persönlichkeiten aufmarschieren:

1. Der General Mangin (über dessen politische Rolle man sich wundern muß, da er doch noch im aktiven Dienst steht) hat am 5. August 1920 an den Generalsekretär des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Paléologue, einen Brief geschickt, in dem er diesen bat, sich mit dem Doktor Heim, dem Führer der reaktionären bayerischen Katholiken zu verständigen und die bewaffneten bayerischen Organisationen zu stärken.

2. Der gleiche General Mangin ist zu wiederholten Malen im Quai d'Orsay vorstellig geworden, damit der Prinz Isenburg empfangen und unterstützt werde, der vom „Temps" am 22. Januar 1922 als Hauptagent der bewaffneten Organisationen Deutschlands zum Ankauf von Waffen entlarvt wurde.

3. Durch Vermittlung des Doktor Dorten und des Generals Mangin wurde ein Bericht aus Bayern dem Quai d'Orsay übermittelt; in diesem Bericht wurde der gleiche Prinz Isenburg als der deutsch-föderalistischen Sache ergeben erklärt.

4. Dieser Prinz Isenburg, der Agent der deutschen Militaristen, wurde 1923 von gewissen Beamten des Quai d'Orsay empfangen.

5. Der Doktor Dorten stellte während drei Jahre — dem General Mangin — zur Uebermittlung an den Quai d'Orsay — die vertraulichen Berichte zu, die ihm aus Bayern, aus Sachsen und aus Hannover von den Geheimagenten der Heim, Bothmer, Dannenberg usw. geliefert wurden.

6. Einer dieser Berichte, der von dem welfischen Reichstagsabgeordneten Dannenberg stammt, forderte bereits im Jahre 1920 den Einmarsch der französischen Truppen in die Ruhr, um partikularistisch-nationalistische Bewegungen in Deutschland hervorzurufen.

7. Der französische General de Metz, der Delegierte der interalliierten Besatzungsbehörde in Speyer, hat die bayerischen Royalisten Mayer-Koy und Kuhn unterstützt und Geld in ihre Zeitungen gesteckt; es ging dies so weit, daß ein Deutscher darüber in einer rechtsrheinischen Zeitung folgendes Urteil fällte: „Der General de Metz würde ein föderalistisches Kaiserreich, das ein bayerisches Königtum einschließt, begrüßen. Der Propaganda für den royalistischen Gedanken, und die Rechte des Hauses Wittelsbach werden von dieser Seite keine Hindernisse in den Weg gelegt."

8. Der Sekretär des Generals de Metz, der Leutnant Pasquier, Osterlé mit seinem richtigen Namen, ließ sich in München verhaften im Augenblick, da er ohne Paß am Kongreß des Katholikentages von 1922, der vom bayerischen Königshaus präsidiert (?) wurde, teilnahm.

9. Im Verlauf des Münchener Prozesses im Juli 1923 wurde der Kommandant Richert — gegen den übrigens eine Straf-

maßnahme ergriffen wurde — bloßgestellt, den deutschen Reaktionären für ihre militärischen Organisationen französisches Geld übermittelt zu haben.

Soll ich beifügen, daß Doktor Dorten mich persönlich gebeten hat, auf die französische Presse einzuwirken, damit die Alliierten nicht die Auflösung der bewaffneten Verbände in Bayern verlangen, die, seiner Meinung nach, unerläßlich für den Erfolg einer föderalistischen Bewegung seien. Dieses Geständnis ließ in mir den ersten Verdacht gegen diesen Menschen aufkommen und veranlaßte mich später, ihn zu bekämpfen, als über die Ziele seiner Quertreibereien keine Zweifel mehr übrig blieben."

Die Herren Ludendorff und Hitler brachen eigentlich erst nach der Verhaftung der Hoch- und Landesverräter Machhaus und Fuchs entschieden mit den weißblauen Separatisten. Machhaus war übrigens Redakteur des nationalsozialistischen „Völkischen Beobachters" gewesen. Wurde Herr Hitler niemals gewahr, daß neben ihm ein verbrecherischer Abenteurer schritt, der zu allem fähig war? Der separatistische Skandal stank bereits zum Himmel, der Großdeutsche Hitler rief aber nicht seinen Heerbann auf, um die separatistischen Landesverräter nur in seiner nächsten Nähe unschädlich zu machen. Seine „Galgen" errichtete er nur für die „Novemberverbrecher".

Machhaus und Fuchs traten nur in die Fußtapfen der bayerischen Hoch- und Landesverräter, die Bayern vom Reich loslösen wollten. Standen sie etwa allein da? Erklärte doch der Präsident des bayerischen Ordnungsblocks schon im November 1921 in einer vertraulichen Ausschußsitzung: „Tatsächlich sind seit geraumer Zeit inoffizielle Verhandlungen mit französischen Vertretern im Gange, und gleichzeitig bespricht man sich mit Tirol und Salzburg, um durch einen Anschluß dieser Länder an Bayern sowohl einen militärischen als auch wirtschaftlichen Machtzuwachs zu erzielen; Hand in Hand damit gehen die Strömungen, die Monarchie in Bayern wieder einzuführen."

Ueber den Fall Pittinger ist ferner niemals volle Klarheit verbreitet worden, und dieser Pittinger wurde von dem früheren Redakteur der „Deutschen Zeitung", August Abel, beschuldigt, Isolierungsbestrebungen unter dem Protektorat Frankreichs begünstigt zu haben!

Die Hoch- und Landesverräter Fuchs und Machhaus befanden sich nur in guter weißblauer Gesellschaft, als sie Bayern mit französischer Hilfe vom Reiche, vom „bolschewistischen Berlin“ abkapseln lassen wollten, und sie mußten sich durch das bisherige Verhalten der bayerischen Regierung gegenüber öffentlich bekannten separatistischen Bestrebungen förmlich dazu ermuntert fühlen, Bayern vom Reiche loszusprengen und die Weimarer Verfassung zu vernichten. Was war den bayerischen Politikern geschehen, die ihre großbayerischen Pläne zur Unterminierung des Deutschen Reiches Frankreich vorgelegt hatten? War denn dem Grafen Bothmer auch nur ein Härchen gekrümmt worden, als er mit Frankreich gegen den Bestand des Deutschen Reiches konspirierte? Gewiß, ein „Akt Bothmer“ lagerte wohl in dem bayerischen Aktenschrank, aber niemals ist dem abenteuerlichen Grafen, der wegen seiner Desperadopolitik selbst von Rupprecht von Wittelsbach heimgeschickt wurde, der Prozeß gemacht worden. Was einem Bothmer recht war, mußte einem Fuchs billig sein. Und dieser begann daher schon nach dem Kapp-Putsch seine hoch- und landesverräterischen Unterhandlungen mit Frankreich.

Fuchs hat zugleich mit dem Vaterlandsverrat die konterrevolutionäre Vaterlandsrettung betrieben. Er war einem scharfmacherisch-reaktionären Konsortium bei dem Ankauf der „Münchener Neuesten Nachrichten“ behilflich, er bemühte sich dann eifrig, weitere Blätter für den Konzern der nun ganz reaktionär gerichteten „Münchener Neuesten Nachrichten“ zu gewinnen. Er machte später mit dem berüchtigten Pöhner eine politische Reise nach Wien zur Bekämpfung des Bolschewismus, er konferierte mit dem reichen Industriellen und Magnaten von Kramer-Klett, und er knüpfte last not least Verbindungen mit Rupprecht von Wittelsbach an. In Paris mag sich der wichtigtuerische Fuchs als der Mittelsmann einer mächtigen bayerischen Partei aufgespielt haben, er will mit Loucheur in Unterhandlungen getreten sein, der, recht ungnädig gestimmt, den Bayern die Pfalz nicht lassen und dem Wittelsbacher Rupprecht den bayerischen Königsthron versagen wollte.

Mit dem französischen Generalstabsoffizier Richert wurde Fuchs schnell handelseinig. Seine Taschen schnappten die ersten französischen Millionen bereits im Juli 1922. Bis zum Februar 1923 häufte sich sein Judaslohn auf 100 Millionen Mark an. Alle Vorbereitungen zum Umsturz traf er dann umsichtig: die Proklamationen an die Bayern waren bereits gedruckt und die Notverordnungen und Rundtelegramme entworfen. Für den 23. Februar war die landesverräterische Aktion von Richert vorgesehen, die vor allem Frankreich einen Erfolg an der Ruhr bringen und das Reich zertrümmern sollte.

Der Minister Schweyer und der Polizeipräsident Nortz werden von der Anwesenheit Richerts verständigt, sie wissen um dessen Pläne — und sie lassen ihn glatt entweichen. Die Verhaftung unterbleibt „zunächst aus innerpolitischen Gründen." Welche Gründe veranlaßten eigentlich die Dirigenten der bayerischen „Ordnungszelle", in offiziellen und offiziösen Blättern die Fuchs-Machhaussche Hoch- und Landesverratssache als eine politisch völlig bedeutungslose, künstlich aufgebauschte Affäre verkleinern zu lassen?

Wollte Hitler seinen sogenannten großdeutschen Beruf erfüllen, so mußte er schon nach dem Bamberger Parteitag der Bayerischen Volkspartei einen zielklaren Feldzug gegen den Separatismus und Partikularismus der Bayerischen Volkspartei eröffnen. Und Ludendorff schüttelte noch freundschaftlich dem Dr. Heim die Hand, nachdem ihm schon sehr kompromittierende Tatsachen über Dr. Heims Unterhandlungen mit Frankreich bekannt waren?

Woraus erklärt sich nun die Tatsache, daß Hitler und Ludendorff erst so spät mit den weißblauen separatistischen Verbänden brachen? Mit ihnen vereinigte sie lange Zeit der wütende Haß gegen die Demokratie und die sozialistische Arbeiterschaft, und dieser Haß ließ sie mitunter ganz den prinzipiellen Gegensatz zwischen ihren großdeutschen Ansichten und den weißblauen, den Reichszusammenhang lösenden Anschauungen der bayerischen Separatisten vergessen.

Ludendorff, von einer wahren Berserkerwut gegen den Bolschewismus und Marxismus erfüllt, wollte den österreichi-

schen General Krauß ebenfalls in die Bahn seiner engstirnigen Politik drängen. Krauß schrieb daher unter dem 1. Dezember 1922 diese politisch sehr bemerkenswerten Zeilen:

„Ich weiß nicht, wie Exzellenz Ludendorff sich den Kampf gegen Bolschewismus und Marxismus vorstellt, weiß aber, daß sein Vertreter in Wien, Oberst Bauer, es sich zur Aufgabe gestellt hat, alles, auch die ärgsten Feinde des Deutschtums, zu vereinigen, um den Bolschewismus niederzuwerfen. Wie die Durchführung dieser Niederwerfung gedacht ist, weiß ich nicht und ist auch noch nicht zu erkennen. Oberst Bauer verlangt aber dazu unbedingte Einstellung auf seinen Gedankengang und Einfügung in „seine Organisation“. . . Ich sehe, daß er in voller Unkenntnis der Personen und ihrer Ziele oder in falscher Einschätzung dieser, sich an Feinde des Deutschtums bindet, glaubend, diese Personen und Kräfte rechtzeitig abschütteln zu können.

So hat er Bedingungen in Ungarn eingegangen und dafür in weiten Kreisen Deutschlands Stimmung für die Preisgabe des Burgenlandes an Ungarn gemacht. Er hat mit dem allgemein bekannten und berüchtigten englischen Spion Trebitsch-Lincoln, einem ungarischen Juden, trotz aller Warnungen Freundschaft geschlossen und mit ihm gearbeitet. Er hat mit Mussolini, der jetzt seine Freundschaft für das deutsche Volk betätigt, Beziehungen angeknüpft; er hat zusammen mit dem russischen General Biskupski versucht, mich für den Plan einer bayerisch-österreichisch-ungarischen Union unter Wittelsbach mit Loslösung Süddeutschlands vom Reich mit scheinbarem Eingehen auf die französischen Trennungspläne zu gewinnen, wozu eben Oesterreich auf das Burgenland verzichten und 400 000 kerndeutsche Bauern der weiteren Madjarisierung ausliefern sollte — eine merkwürdige Betätigung deutscher völkischer Gesinnung. Er entwickelte mir einen Plan zur Zertrümmerung der Tschechei von abenteuerlicher Art, dessen ganze Haltlosigkeit jedermann sofort erkennen mußte. Er geht nunmehr wieder in gleich phantastischer, jeder reellen Grundlage entbehrender Weise gegen den Bolschewismus „von der Ostsee bis zur Adria“ vor . . . Den Herrn Obersten Bauer muß ich aber, meinem Gewissen folgend, als den schwersten Schädling des deutschen Volkes in Oesterreich bezeichnen; er hat uns in unserer völkischen Arbeit mehr geschadet als die anderthalbjährige schädliche Arbeit des Obergeometers Kanzler. Ich spreche daher, auch auf die Gefahr hin, zu verstimmen, meine Ueberzeugung aus, daß, wenn die Arbeit Bauers in Oesterreich auf den Namen Ludendorff noch lange andauert, dieser Name schwer geschädigt werden muß.

Wien, am 1. Dezember 1922.

gez. Alfred Krauß, General der Infanterie.

Mit dem Kapp-Putschisten Bauer, der die Loslösung Süddeutschlands vom Reich betrieb, wirkte aber nicht nur Ludendorff eng zusammen, sondern auch der Kreis um Pöhner. Dieser ließ dem Putschisten Ehrhardt einen gefälschten Paß — dieser lautete auf den Namen Eichmann — zustellen und betraute ihn mit besonderen diplomatischen Aufträgen. Hitler und seine Anhängerschaft konspirierten ständig mit dem weißen Ungarn, das neben der Ausrottung des Bolschewismus und Marxismus auch rein magyarische antideutsche Interessen verfolgte.

Die hoch- und landesverräterischen Beziehungen der Nationalsozialisten Bayerns mit dem rechtsradikalen, weißen Ungarn wurden fast in dem Augenblick aufgerollt, als in München der Hitler-Ludendorff-Putsch ausbrach. Die Hitler- und Ludendorffianer zerbrachen sich offenbar nicht einen Augenblick den Kopf darüber, wie schwer eine neue nationalistische Revolution Ungarns die Interessen der Deutschösterreicher, namentlich die des Burgenlandes, schädigen müßte. Das weiße Ungarn namentlich war bis zum Halse mit mörderischem Hasse gegen das „bolschewistische" und „marxistische" Wien geladen. Ein bayerisch-völkisch-nationaler Ausschuß wollte sich skrupellos der weißen magyarischen Hilfe zur Niederwerfung der deutschen Republik bedienen.

Ueber das Komplott der bayerischen Nationalsozialisten mit den rechtsradikalen weißen Rebellen Ungarns geben folgende amtliche Depeschen Auskunft:

Budapest, 8. November. (Ungarisches Korrespondenz-Bureau.) Der rechtsradikale Abgeordnete Dr. Ulain wurde gestern verhaftet, weil er nach einer bei der Polizei eingegangenen vertraulichen Mitteilung mit dem bayerischen völkisch-nationalen Ausschuß eine Verbindung angestrebt hat, um sich die Unterstützung bayerischer irregulärer Truppen für den Fall zu sichern, daß es in Ungarn gelänge eine rechts-revolutionäre Regierung durch einen Putsch einzusetzen. Ulain habe sich bereits auf der Reise nach dem Ausland befunden. Er sei im Eisenbahnzuge von der Polizei angehalten und sein Gepäck sei durchsucht worden. Hierbei sei der schriftliche Entwurf eines Staatsvertrages gefunden worden, den er mit den bayerischen Rechtsradikalen habe abschließen wollen. Mit Rücksicht darauf, daß ein solches Vorgehen einer hochverräterischen Handlung gleich-

komme, sei Ulain, da er auf frischer Tat ergriffen wurde, ungeachtet seines Immunitätsrechts, sofort festgenommen worden.

Der Minister des Innern, Rakowsky, erschien heute bei dem Reichsverweser in Audienz, dem er über die Angelegenheit Ulain Bericht erstattete.

Budapest, 9. November. (WTB.) In dem amtlichen Kommuniqué über die Verhaftung des Abgeordneten Ulain heißt es: Seit geraumer Zeit war die Polizeibehörde von einer Aktion unterrichtet, welche die gewaltsame Beseitigung des gegenwärtigen Regierungssystems in Ungarn unter Benutzung bayerischer irregulärer Truppen und die Einsetzung einer neuen Regierung bezweckte. Der Entwurf des bei Ulain gefundenen Abkommens ist von dem magyarischen völkisch-nationalen Aktionsausschuß unterzeichnet. Die andere Vertragspartei sollte ein bayerisch-völkisch-nationaler Aktionsausschuß sein. Die Bildung der neuen Regierung in Ungarn war für Ende November in Aussicht genommen. Dem bayerischen Aktionsausschuß sollte die Versorgung Bayerns mit Lebensmitteln als Gegenleistung gegen militärische Hilfe zugestanden werden. Das Kommuniqué stellt fest, daß Ulain einen Aufruhr mit Hilfe fremder bewaffneter Truppen vorbereiten wollte, daß er dabei auf frischer Tat ertappt wurde und deshalb nicht unter das Immunitätsrecht falle.

Der Staatsanwalt hat es im Hitler-Prozeß nicht für nötig befunden, die hoch- und landesverräterischen Fäden, die den Hitler-Ludendorff-Putsch mit der rechtsradikalen ungarischen Verschwörung verknüpfen, näher zu untersuchen!

Für die nationale Psyche Ludendorffs und Hitlers ist es sehr bezeichnend, daß sich beide Draufgänger, von blinder Rachgier nach der Vernichtung des „Marxismus" förmlich besessen, ihre Bundesgenossen nicht einmal flüchtig ansehen und skrupellos mit Deutschfeinden konspirieren. Den Ludendorffschen bundesgenössischen Händedruck gibt Oberst Bauer an den Allerweltsspitzel Trebitsch-Lincoln, an den Faschistenhäuptling Mussolini, an den russischen Gegenrevolutionär Biskupski und an die monarchistischen Agenten weiter, die eine bayerisch-österreichisch-ungarische Union unter Wittelsbach mit Loslösung Süddeutschlands vom Reich herstellen wollen. Den Bruderschmatz Hitlers empfängt ebenfalls Ulain, ein reaktionärer Stockmagyar, und Mussolini, der Vergewaltiger der deutschen Südtiroler. Hitler, der sich in der Vernichtung der demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung eins mit Mussolini wußte, ihn

anschwärmte und nachäffte, hat am 24. November 1922 den Verzicht Deutschlands auf Südtirol verlangt und die Klagen der Deutschen über die Leiden unserer Südtiroler Brüder als Geschwätz bezeichnet. Die undeutsche Haltung Hitlers gegenüber dem imperialistischen italienischen Faschismus ist wiederholt in der „Münchener Post“ scharf gebrandmarkt worden.

In der Wahrnehmung deutscher Interessen hat nie ein Politiker so gewissenlos und verantwortungslos gehandelt wie Adolf Hitler. Ein geradezu toll gewordener, verbrecherischer Fanatismus tobte sich in seinen Reden aus, als die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten und festhielten. So empfahl er, die Industrieanlagen dieses Gebiets in Brand zu setzen. Der literarische Schildknappe des nationalsozialistischen Häuptlings Adolf Viktor von Koerber hat in seiner Schrift: „Adolf Hitler, sein Leben, seine Reden“ diese rednerischen Wahnsinnsausbrüche des Münchener Sturmtrupps-Organisators festgehalten: „Was hat es zu sagen, wenn in der Katastrophe unserer Gegenwart Industrieanlagen zugrunde gehen? Hochöfen können bersten, Kohlengruben ersaufen, Häuser mögen zu Asche verbrennen — wenn nur ein Volk dahinter aufsteht, stark, unerschütterlich, zum letzten entschlossen. Denn wenn das deutsche Volk wieder aufersteht, dann wird auch das andere alles wieder auferstehen. . . Das Ruhrgebiet hätte das deutsche Moskau werden müssen! Wir hätten erweisen müssen, daß das deutsche Volk von 1923 nicht mehr das Volk von 1918 ist! Es wäre notwendig gewesen, der Welt durch ein gewaltiges Flammenzeichen Kunde zu geben: das deutsche Volk ist nicht länger gewillt, sich zu beugen! Und wenn noch ärgere Not über uns käme! Es soll Not kommen! Das Volk der Entehrung und Schande ist jetzt wieder zum Volk der Helden geworden. Hinter dem brennenden Ruhrgebiet hätte ein solches Volk seinen Widerstand auf Tod und Leben organisiert.“

Daß diese verbrecherische Idee, das Ruhrgebiet und damit das industrielle Zentrum Deutschlands in einem Meer von Feuer und Blut untergehen zu lassen, tatsächlich sehr ernst gemeint war, bestätigte im Oktober 1923 ein Interview Hitlers mit dem Vertreter der „Daily Mail“, über das die „Münchener Post“ am 9. Oktober 1923 berichtete. Hitler erklärte damals,

daß der passive Widerstand niemals hätte aufgegeben werden dürfen. Da man aber die Franzosen aus dem Ruhrgebiet nicht vertreiben könne, so hätte man das ganze Ruhrgebiet einschließlich der Bergwerke und Fabriken in die Luft sprengen oder anzünden müssen. Poincaré hätte dann im Ruhrgebiet gesessen wie damals Napoleon in Moskau. Der Vertreter der „Daily Mail" schreibt, daß er beim Verlassen des Hauptquartiers Hitlers, der keinesfalls die Eigenschaften Mussolinis besitze, den Eindruck gehabt habe, aus einem Irrenhaus zu kommen.

Um Mitte 1923 beschimpfte Hitler nach einem Bericht der „Münchener Post" die Reichsregierung unflätig; er sprach geifernd von „Idioten und Kanaillen" in der Reichsregierung, weil diese sich nicht dazu verstand, durch Verkündigung des aktiven Widerstandes das wehrlose deutsche Volk den Maschinengewehren der französischen Okkupationstruppen auszuliefern.

Der Komplice Hitlers, der General Ludendorff, hat zu diesen irrsinnigen Reden des Münchener Mussolinis geschwiegen, und er macht sich dadurch an dem Verbrechen Hitlers am deutschen Volke mitschuldig!

Man kann unmöglich bei diesen Reden Hitlers ernst bleiben. Hitler steckt das Ruhrgebiet an — und zieht sich gelassen in den Bürgerbräukeller zurück, da die Franzosen selbstverständlich das Ruhrgebiet sofort räumen und händeringend in ihrem Vaterlande Schutz suchen. In aller Gemütsruhe kann er nun rüsten, die Billionen Papiervorräte Deutschlands in Tanks, Bomben und Flugzeuge bei den auf Papierbesitz versessenen Krupps und Stinnes' umwechseln. Von einiger Bedeutung kann vielleicht nur die Entscheidung der Frage noch sein: ob Hitler zuerst die Westfront der Engländer und Franzosen und dann die Ostfront der Polen, Tschechen, Rumänen und Südslawen schlagen soll oder umgekehrt. Aber nein, die Besiegung der Feinde Deutschlands ist sehr viel einfacher. Was sieben jüdischen Posaunenbläsern vor Jerichow gelang, das glückt einen arischen Helden leicht. Eine Hitlersche Posaunenrede trägt totbringende Wellen über die ganze Welt und legt alle Mauern nieder.

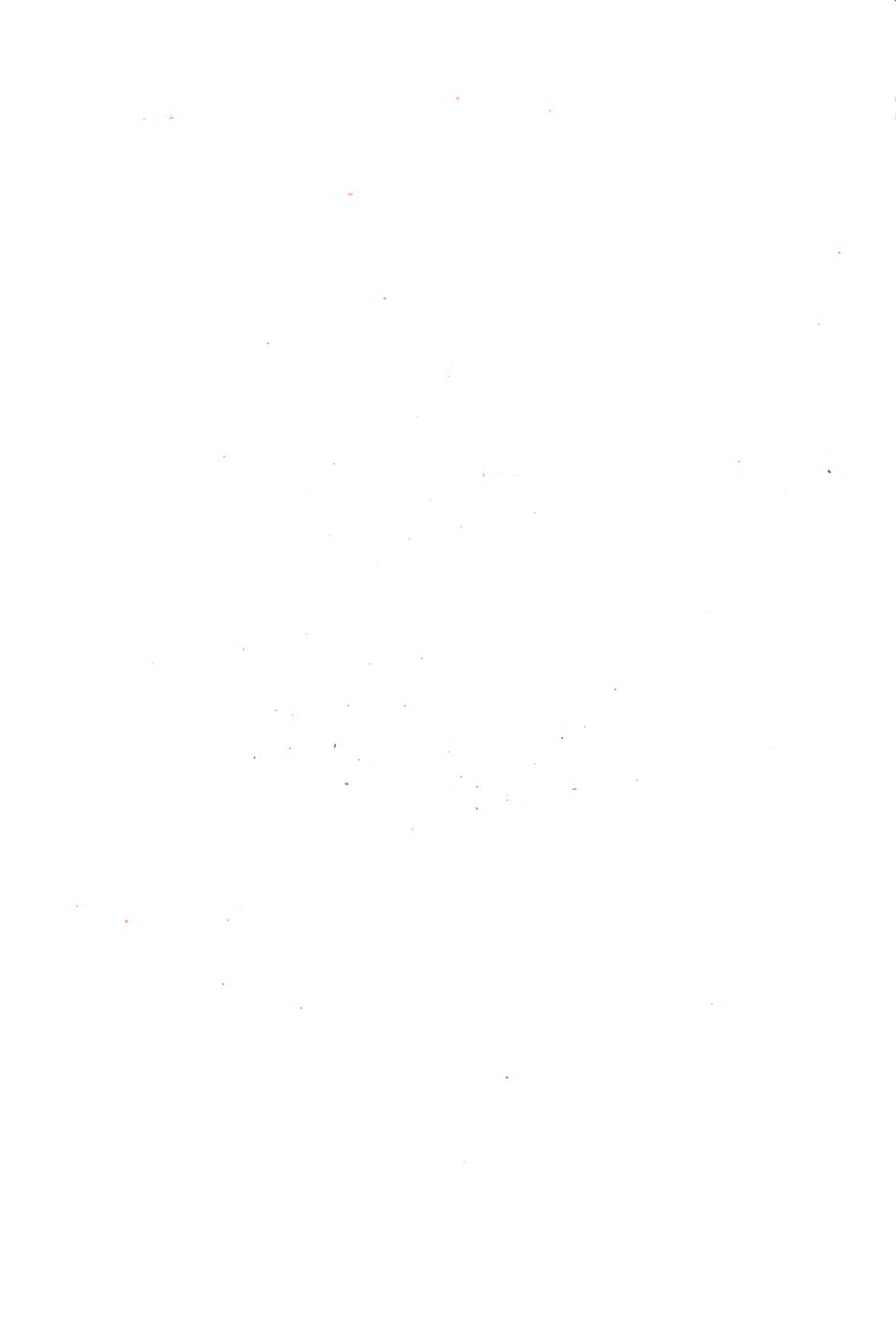
Ein wehrloses, wirtschaftlich verarmtes Volk soll seinen Widerstand auf Tod und Leben gegen eine ganze Welt in

Wehr und Waffen organisieren? Wer so redet, ist entweder unheilbar irre oder er verhöhnt ein armes, niedergebrochenes Volk!

Wer heute dem deutschen Volk die Aussicht auf einen neuen Weltkrieg eröffnet, der muß ihm ehrlich sagen, was dieser Krieg für Deutschland und Europa heißen würde. Der Engländer H. G. Wells zeigt uns einmal das Medusenhaupt eines etwaigen neuen Krieges in seiner Schrift: „Die Rettung der Zivilisation":

„Die todbringenden Erfindungen nehmen ihren Fortgang," so schreibt er. „Von 1914 bis zum Beginn des Jahres 1918 kann man in den Kriegsmitteln ein beständiges Anwachsen der fürchterlichen Zerstörungskunst bemerken; Material- und Energiemangel milderten diesen Fortgang; aber seit dem Waffenstillstand hat sich die Kriegswissenschaft wesentlich entwickelt. Man versichert uns, daß der nächste, gut organisierte Krieg sehr viel rascher und ausgiebiger wirken wird, namentlich auf die Zivilbevölkerung. Die Heere werden sich nicht mehr auf Straßen fortbewegen, sondern in Linien ausgerollt, auf schweren Tanks, durch die von ihnen überschwemmten Gegenden, dieselben vollständig aufpflügend, sich heranwälzen; der Luftkampf wird mit Bomben, die jede eine kleine Stadt vernichten kann, Tausende von Meilen hinter der Front geführt werden, und die See wird durch Minen und Unterseeboote von jeglicher Schiffahrt gesäubert werden. Es wird kein Unterschied zwischen Kämpfenden und Nichtkämpfenden gemacht werden, weil jeder gesund gestaltete Bürger, männlichen oder weiblichen Geschlechts, als wirksamer Erzeuger von Nahrungs- und Munitionsmitteln gilt, und wahrscheinlich werden in diesem allgemeinen Untergang nur die Hauptquartiere der streitenden Heere das bestgeschützte und sicherste Obdach gewähren." Und Wells schließt seine grausige Darstellung mit den Worten: „Im nächsten großen Kriege wird der Sieger nicht weniger als der Besiegte aus der Luft bombardiert, ausgehungert und weißgeblutet werden. Sein Sieg wird kein leichter sein; er wird der Triumph des Erschöpften, Sterbenden über den Toten sein."

Die Befreiung Deutschlands liegt wahrlich nicht in einem neuen, Europa zerstörenden Weltkriege, sondern in der **politischen und wirtschaftlichen Neugestaltung Deutschlands in einem europäischen Staatenbunde**, in dem es nur **gleichberechtigte Nationen**, aber **keine Herren- und Sklavenvölker** mehr gibt. In einem wirtschaftlich und politisch befreiten Europa wird eine **geeinte, freie, deutsche Nation** erstehen.




ARNO HOLZ


GAYLORD
BROS., INC.
Manufacturers
Syracuse, N. Y.
Stockton, Calif.
YB 25520

